



HANDREICHUNG

REDEN IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Nächstenliebe verlangt Klarheit

Bausteine und Materialien für die Arbeit
gegen Rechtspopulismus in der Gemeinde

EVANGELISCHE KIRCHE IN MITTELDEUTSCHLAND



EVANGELISCHE KIRCHE
IN MITTELDEUTSCHLAND

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Landeskirchenamt der EKM
Dezernat Bildung und Gemeinde
Michaelisstraße 39
99084 Erfurt

AG Kirche und Rechtsextremismus
Telefon 0361 51800-240
AG_KplusRE@ekmd.de

Redaktion: Jürgen Reifarth, Katharina Passolt,
Susanne Olbort-Pape, Iris Fischer
Layout: EKM Grafikteam, Stephan Arnold
Erfurt 2018 (2. unveränderte Auflage 2022)

Inhalt

Vorwort	4
Salz der Erde. Andacht	6
GRUNDLAGEN	
Rechtspopulismus als Herausforderung annehmen – Beschluss der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 15. November 2017	8
Wegschauen und schweigen gilt nicht! – Warum sich die Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus engagieren muss. Eine theologische Perspektive	10
Im Gespräch bleiben, Grenzen setzen	15
BAUSTEINE	
Der Bau einer Moschee in Erfurt-Marbach und eine zerrissene Gemeinde ..	17
Unwidersprochen? Argumentieren gegen populistische Positionen	22
Stark und sicher im Gespräch mit Andersdenkenden Aufruf zu mehr Zivilcourage	27
Merkposten für den öffentlichen Diskurs unter Beteiligung einer Kirchengemeinde	30
Mit Populisten diskutieren? – Erfahrungen im Umgang mit Diskussionsveranstaltungen. Eine Pro- und Kontra-Debatte	32
Alter Wein in neuen Schläuchen Die extrem rechte Szene und ihre Symbolsprache	36
Umgang mit rechtsextremem Verhalten von Haupt- und Ehrenamtlichen ..	39
Einem geschenkten Gaul guckt man nicht ins Maul? Hinweise für kirchliche Einrichtungen zum Umgang mit Spenden und Schenkungen aus dem rechtsextremen Umfeld	41
Häuser in rechter Hand Immobilien als Stützpfiler rechtsextremer Aktivitäten	44
Wie kann verhindert werden, dass kirchliche Immobilien in rechte Hände geraten?	46
Meinungsbarometer Methodische Ideen für Gemeindegruppen zum Thema „Zivilcourage“	48
Noch Platz in der Arche? Impulse zu biblischen Geschichten Thematische Bausteine für Konfirmandengruppen und Junge Gemeinden	50
Adressen, Links und Abrufangebote	53

Vorwort

Martina Klein

Seit 2008 machen sich unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit“ in unserer Kirche zahlreiche Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen auf den Weg, um für Mitmenschlichkeit und Toleranz zu werben und sich gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit zu stellen¹. Ein Engagement, das dringend nötig ist angesichts des deutlichen Anstiegs rechtsextremer und menschenfeindlicher Ansichten und Aktivitäten in der Gesellschaft.

Was hat sich in den letzten zehn Jahren verändert?

- » Rechte Positionen finden immer mehr Anschluss bei Menschen, die sich selbst nicht als rechts einstufen würden.
- » Deutlich mehr Menschen vertreten öffentlich rechte Positionen und wählen rechte Parteien.
- » Die Hasssprache im Internet hat exorbitant zugenommen.
- » Über soziale Netzwerke mobilisiert sich eine breite rechte Szene.
- » Es ist eine deutliche Zunahme rechter Gewalttaten zu verzeichnen (Übergriffe auf Geflüchtete, Anschläge aus dem rechten Spektrum etc.)

- » Die Zahl der Rechtsrock-Konzerte hat zugenommen. Thüringen gilt mittlerweile als Hochburg der Rechtsrock-Szene.
- » Von Mitgliedern der rechten Szene werden zunehmend Immobilien aufgekauft, die als Zentren rechtsextremer Treffpunkte fungieren und so zu Orten der ideologischen Indoktrination und Radikalisierung (junger) Menschen werden.
- » Im Jahre 2011 wird der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) enttarnt. Laut Anklage der Bundesanwaltschaft hat der NSU in den Jahren 2000 bis 2006 zehn Menschen ermordet, die nicht in das Weltbild der rechtsextremen Terroristen passten.

Stand in den Anfängen unseres Engagements noch der Gedanke „Wehret den Anfängen!“ im Vordergrund, so haben mittlerweile viele das Gefühl, mit ihrem Engagement und Widerstand der gesellschaftlichen Entwicklung hinterher zu hinken. Mehr und mehr stellt sich die Frage, wie wir unsere christliche Botschaft der Nächstenliebe und des Friedens wirksam in die Gesellschaft hineinbringen können.

¹ Im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt wurde 2008 das Themenjahr „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus“ in der EKM ausgerufen.

Grund für uns, die Handreichung mit Bausteinen und Materialien für die Arbeit in den Gemeinden zu überarbeiten und neu herauszugeben. Denn vermehrt fragen engagierte Menschen in der Kirche:

Was können wir tun, wenn in der Gemeinde, bei einer Veranstaltung oder in Kinder- und Jugendgruppen rechtspopulistische oder fremdenfeindliche Äußerungen auftauchen?

wenn bekannt wird, dass ein Mitglied der Gemeinde in einer rechtsextremistischen Organisation oder rechten Partei engagiert ist?

wenn Aktivitäten von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Personen oder Gruppen im Ort oder in der Umgebung geplant sind?

Das Thema zum Thema machen

Solche und andere Situationen sind auf jeden Fall ein Grund, das Thema zum Thema zu machen, um Klarheit zu gewinnen und aktiv zu werden. Unsere Erfahrungen zeigen, dass die Kirche eine wichtige Akteurin ist, wenn vor Ort rechte bzw. rechtsextreme Akti-

vitäten Raum greifen. Kirche kann ein Ort sein, an dem unterschiedliche politische Positionen und ethische Orientierungen diskutiert und im Lichte des Evangeliums beleuchtet werden. Kirche kann sich in lokale Bürgerbündnisse einbringen und mit ihrer Haltung zeigen, was das Evangelium in der konkreten Situation bedeutet. Nicht zuletzt versammelt die Kirche Menschen im Gebet für Frieden, Versöhnung und Nächstenliebe vor Gott.

Mit unserer Arbeitshilfe möchten wir Mut machen, die Themen aufzugreifen und nicht wegzuschauen, denn unsere Gesellschaft braucht Menschen, die sich für ein solidarisches und tolerantes Miteinander einsetzen.



Martina Klein
Oberkirchenrätin
Leiterin des Dezernates Bildung im
Landeskirchenamt der EKM

Salz der Erde. Andacht

Ilse Junkermann

Jesus Christus spricht: „Ihr seid das Salz der Erde. Wenn nun das Salz nicht mehr salzt, womit soll man salzen? Es ist zu nichts mehr nütze, als dass man es wegschüttet und lässt es von den Leuten zertreten.

Ihr seid das Licht der Welt. Es kann die Stadt, die auf dem Berge liegt, nicht verborgen sein. Man zündet auch nicht ein Licht an und setzt es unter einen Scheffel, sondern auf einen Leuchter; so leuchtet es allen, die im Hause sind. So lasst euer Licht leuchten vor den Leuten.“

(Mt 5,13-16a)

Das Licht ist Gottes erstes Schöpfungswerk. Es ist das einzige, das nicht durch Teilung aus etwas anderem entsteht. Es ist umfassend, leuchtet beständig. Fehlt das Licht an einem Ort, so schenkt es doch tausend anderen Helligkeit und Wärme.

Salz ist von alters her etwas ausgesprochen Wertvolles. Einstmals diente es zur Reinigung. Noch heute werden Nahrungsmittel durch Salz konserviert. Salz gibt Speisen Würze und ist für den menschlichen Organismus geradezu lebensnotwendig.

Jesu Bildworte vom Salz der Erde und Licht der Welt sind ein starker Zuspruch. Jesus mutet uns Christinnen und Christen zu, für diese Welt lebensnotwendig zu sein. Gäbe es uns nicht, drohte die Welt, fad und dunkel zu werden. Weil es uns aber gibt, bringen wir in seinem Namen Licht in alle finsternen

Ecken und prägen den „Geschmack“ des Miteinanders.

Schauen wir auf die Geschichte der Kirche, müssen wir gestehen: Dem darin enthaltenen Anspruch sind wir leider Gottes oftmals nicht gerecht geworden. In zu vielen Zeiten hat das Licht unter dem Scheffel gestanden, an zu vielen Orten entfaltete das Salz keine ausreichende Kraft. Ein Beispiel dafür ist die Zeit des Nationalsozialismus mit dem Mord an mehr als 50 Millionen Menschen. Warum nur war die Nächstenliebe nicht stärker? Als 1945 dem endlich ein Ende bereitet worden war, erklärte die evangelische Kirche ihre Mitverantwortung: „Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Seitdem leben wir in Deutschland in einer mehr als 70-jährigen Zeit des Friedens. Doch Frieden und Demokratie sind wieder in Gefahr. Nationalistische Ideen werden laut. Der Wunsch nach Abgrenzung gegenüber Fremden reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Populistische, diskriminierende und sogar rassistische Parolen finden Wiederhall in politischen Programmen. Ein „Gutmensch“ zu sein, gilt plötzlich als Schimpfwort.

Was würde Jesus dazu sagen? Diese Frage begleitete Martin Niemöller, einen der Väter der 1945er Schulderklärung, ein Leben lang. Sie ist auch für uns noch eine geeignete Richtschnur. Denn Jesus sagt, damals wie heute:

„Ihr seid das Salz der Erde. Ihr seid das Licht der Welt.“ Das Salz verleiht den Speisen Würze. Das Licht macht unser Leben hell. Beides geschieht, indem es sich hingibt. Salz löst sich in den Speisen auf. Licht verbreitet sich.

Wir Jüngerinnen und Jünger Jesu sind – so geht daraus hervor – niemals nur für uns selbst da. Es ist unsere Bestimmung, für ein gutes und helles Leben aller Kinder Gottes einzutreten. Wo verdunkelt wird durch lebensfeindliche Werte, bringen wir Klarheit in wirre Parolen. Wo gottlose Welt- und entwürdigende Menschenbilder propagiert werden, stellen wir uns dagegen und leben nach dem Maßstab der Nächstenliebe. Das mutet uns Jesus zu. Das traut er uns zu.

Klarheit. Nächstenliebe. Kirche gegen Rechtsextremismus. Als Christinnen und Christen tragen wir Jesu Namen. Er befähigt uns, mutig zu sein und hineinzuwirken in die Verhältnisse, in denen wir leben. Er spricht uns zu: Lebensnotwendig seid ihr, für die Erde und für die Welt. Vergesst es nicht!

Ilse Junkermann

Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

GRUNDLAGEN

Rechtspopulismus als Herausforderung annehmen

Beschluss der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 15. November 2017²

1. Die Synode der EKD stellt fest, dass rechtspopulistische, rechtsextreme, rassistische, frauenfeindliche und völkisch-nationalistische Einstellungen in unserer Gesellschaft anwachsen und in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen vertreten sind. Auch unter Mitgliedern der Kirchen sind solche Einstellungen anzutreffen. Die Würde eines jeden Menschen, begründet in der Ebenbildlichkeit Gottes, und das Gebot der Nächstenliebe sind unaufgebbare Grundlagen unseres Glaubens. Sie sind nicht vereinbar mit Haltungen und Ideologien, die Hass und Gewalt verbreiten und eine Ungleichheit von Menschen und daraus resultierende Ungleichbehandlungen, Ausgrenzungen und Feindschaft postulieren.

2. Die Synode der EKD erkennt hinter diesen Entwicklungen unterschiedliche Ursachen, die nach einer differenzierten Antwort verlangen. Sie sieht hierin eine Aufgabe für die Gliedkirchen, die Diakonie und die Kirchengemeinden. Sie dankt denjenigen, die sich seit Jahren bereits in diesem Feld engagieren. Sie regt an und ermutigt dazu,

» dass Kirchen und Gemeinden sich schützend vor Menschen stellen, die

Angriffen aus rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Motiven ausgesetzt sind und dies in der Öffentlichkeit offensiv vertreten;

» jeder Inanspruchnahme vermeintlich christlicher Werte zur Begründung einer Abschottung unserer Gesellschaft entschieden zu widersprechen;

» die bereits bestehenden kirchenrechtlichen Möglichkeiten und Verfahrenswege auszuschöpfen, durch die die Personen, die rechtsextremes, rassistisches oder fremdenfeindliches Gedankengut vertreten, von der Wahl zu einem kirchlichen Amt ausgeschlossen werden;

» ihre bisherigen Anstrengungen zu verstärken und neue Angebote zu entwickeln, die Menschen ermöglichen, ihren Glauben als befreiende Botschaft zu erfahren, die den Nächsten in den Blick nimmt, Halt und Zuversicht gibt und so vor rechtsextremem Gedankengut schützt;

» dass die Gliedkirchen insbesondere in ihrem Bildungshandeln an unterschiedlichen Orten und mit verschiedenen Zielgruppen (Kindertagesstätten und Jugendarbeit, Schulen, Erwachsenenbildung und Familienbildung) ein deutliches Gewicht auf das Einüben demokratischer und partizipatorischer Verfahrensweisen

² Die EKD und auch die EKM behandeln diese Thematik regelmäßig, aktuelle Verlautbarungen dazu finden Sie auf www.ekd.de und www.ekmd.de.

- und Gesprächsformen legen und in ihrer Aus- und Fortbildung verstärkt zum Einsatz bringen;
- » bereits bestehende Arbeitsmaterialien und Handreichungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bekannt zu machen und zu verbreiten bzw. solche für den eigenen Bedarf neu zu erstellen. Hierzu gehört auch die Entwicklung einer theologisch begründeten Argumentation gegen rechtsextremes Gedankengut;
 - » den interreligiösen Dialog insbesondere mit den muslimischen Gesprächspartnern und den jüdischen Gemeinden als kirchliche Aufgabe zu verstehen und weiterzuentwickeln;
 - » die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeitenden zu stärken und die interkulturelle Öffnung von Kirchen und Gemeinden zu fördern;
 - » sich in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen weiterhin nachdrücklich für eine soziale Integration von Menschen einzusetzen, die in Stadtteilen und Regionen leben, die unter Armut, fehlenden Beschäftigungs- und Bildungschancen und mangelnder Infrastruktur leiden;
 - » sich als Kirche in eine konzeptionell durchdachte, inklusive Gemeinwesenarbeit einzubringen und von den politischen Amtsträgern größere Anstrengungen für eine soziale Integration einzufordern;
 - » in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen Gesprächsmöglichkeiten für Menschen zu eröffnen, die unter Ängsten und Verunsicherung angesichts der Veränderungen in unserer Gesellschaft leiden. Die Gespräche sollen nicht als Podium für das Schüren weiterer Ressentiments missbraucht werden können. Kirche kann und soll in solchen Dialogen keine neutrale Position vertreten. Sie kann aber dazu beitragen, dass Gespräche gut geleitet und moderiert werden und sachliche Argumente Gehör finden.

Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Irmgard Schwaetzer

Wegschauen und schweigen gilt nicht!

Warum sich die Evangelische Kirche gegen Rechts-
extremismus und Rechtspopulismus engagieren muss.
Eine theologische Perspektive

Michael Haspel

Dass der christliche Glaube mit rechts-
extremen Ideologien nicht vereinbar ist,
werden die meisten bejahen. Aber wie
sieht es mit rechtspopulistischen Paro-
len aus? Und warum soll sich die Kir-
che auch in der Gesellschaft, gemein-
sam mit anderen zivilgesellschaftlichen
Gruppen und dem Staat, aktiv gegen
Rechtsextremismus und Rechtspopu-
lismus engagieren?

Wesentliche Elemente rechtsextre-
men Gedankenguts sind Fremdenfeind-
lichkeit, Rassismus, Sexismus, Orien-
tierung an autoritären Strukturen,
Demokratie und Pluralitätsabwertung,
Bestreiten von Gleichheit etc. Im Fol-
genden möchte ich zeigen, dass diese
Aspekte mit der Grundorientierung
des christlichen Glaubens unvereinbar
sind und die Kirche zum Widerspruch
und Widerstand aufgefordert ist.

Allerdings ist es ja keinesfalls so, dass
diese Einstellungen zum Teil nicht auch
von Christinnen und Christen geteilt
werden. Es ist also nicht so, dass wir als
Kirche per se Teil der Lösung sind.

Die evangelische Kirche steht hier in
der Verantwortung, Konsequenzen aus
der eigenen Geschichte zu ziehen. In
Mitteldeutschland waren es, wie in an-
deren Gebieten auch, gerade die sehr
protestantisch geprägten Gebiete, in
denen die NSDAP 1932 und in der März-

Wahl 1933 überproportional erfolgreich
war. Vergleicht man diese Regionen mit
den Wahlergebnissen von rechtsextre-
men und rechtspopulistischen Partei-
en heute – und auch mit der Häufigkeit
rassistischer und rechtsextrem moti-
vierter Gewalttaten –, so lässt sich wie-
der eine, wenn auch schwächere, Über-
einstimmung feststellen.

Sogenannte Stammtischparolen gibt
es nicht nur im Wirtshaus, auch in
kirchlichen Zusammenhängen und Fa-
milien von Kirchengliedern begegnen
wir ihnen. Wir müssen uns damit aus-
einandersetzen, dass wir Teil des Pro-
blems sind, um Teil der Lösung werden
zu können.

1. Gottebenbildlichkeit und Men- schenwürde

In der Schöpfungserzählung am Be-
ginn des biblischen Zeugnisses wird
überliefert, dass Gott die Menschen,
alle Menschen, als Bild seiner selbst
erschafft: „Und Gott schuf den Men-
schen zu seinem Bilde, zum Bilde Got-
tes schuf er ihn; und schuf sie als Mann
und Weib“ (1. Mose 1,27). Alle Men-
schen sind also nicht nur Gottes Ge-
schöpfe, sondern seine Ebenbilder.
Dadurch ist die besondere Beziehung
Gottes zu den Menschen zum Ausdruck
gebracht. Er setzt sich zu den Men-

schen in Beziehung. Sie sind von Gott gewollt. Sie sind nicht einfach zufällig da, sondern stehen von Anfang an in einer kommunikativen Beziehung, die Geschichte und Lebensgeschichte eröffnet und begleitet. Deshalb ist in der Gottebenbildlichkeit nach christlichem Verständnis die Würde aller Menschen angelegt. Bei rechtsextremen Einstellungen und Ideologien spielt die Ungleichheit von Menschen aufgrund ihrer Abstammung und Kultur eine große Rolle. Dies ist mit der Lehre von der Gottebenbildlichkeit aller Menschen nicht vereinbar.

2. Die Kirche Jesu Christi ist multikulturell

Schon Paulus hat theologisch geklärt, dass die gute Nachricht von der Gerechtersprechung der Sünderinnen und Sünder durch den Glauben an Jesus, den Christus, allen Menschen gilt: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Knecht noch Freier, hier ist nicht Mann noch Weib; denn ihr seid allzumal einer in Christus Jesus“ (Gal 3,28). Die christliche Kirche ist deshalb offen für alle Menschen, egal welcher Abstammung sie sind, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sozialen Stellung usw. Die christliche Kirche war von Anfang an multikulturell. Das Evangelium hat eine universale Tendenz: Auch in dieser Perspektive wird deutlich, dass das biblische Zeugnis im Gegensatz zu rassistischen und sexistischen Inhalten rechtsextremer Überzeugungen steht. Die Herausforderung bleibt aber bestehen, unterhalb der Oberfläche einer liberalen Haltung, rassistische und sexistische Einstellungen und Stereoty-

pe in der Alltagspraxis zu hinterfragen. Begegnungen in der Ökumene weltweit und im eigenen Land können dazu beitragen, eigene Einstellungen und Wertungen zu überprüfen. Einige unserer Partner-Kirchen haben dazu eigene Programme entwickelt, um unbewussten und institutionellen Rassismus und Sexismus offen zu legen und zu deren Überwindung beizutragen.

3. Die bleibende Erwählung der Jüdinnen und Juden

Der ursprüngliche Bund Gottes galt seinem erwählten Volk Israel, dem er sich offenbart hat. Nach christlichem Verständnis hat Gott diesen Bund durch die Offenbarung in Jesus Christus für alle Menschen geöffnet, die an ihn glauben. Der ursprüngliche Bund bleibt aber in seiner Besonderheit erhalten: „Wenn aber nun etliche von den Zweigen ausgebrochen sind und du, der du ein wilder Ölbaum warst, bist unter sie gepfropft und teilhaftig geworden der Wurzel und des Saftes im Ölbaum, so rühme dich nicht wider die Zweige. Rühmst du dich aber wider sie, so sollst du wissen, dass nicht du die Wurzel trägst, sondern die Wurzel trägt dich“ (Röm 11,17f). Deshalb sind Christinnen und Christen dem Volk Israel in besonderer Weise verbunden. Jesus und die Glieder der Urgemeinde waren Juden. Deshalb ist jede Form des Antisemitismus vom biblischen Zeugnis und christlichen Glauben her abzulehnen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass es auch im Christentum verhängnisvolle Formen des Antijudaismus gab und gibt. Gerade deshalb wird sich die evangelische Kirche

gegen den Antisemitismus in der Gesellschaft wenden.

4. Demokratische Kultur gehört zur neuzeitlichen Gestalt des Protestantismus

In Entsprechung zu diesem Verständnis der Gleichheit aller hat sich mit der Zeit in den evangelischen Kirchen die Überzeugung herausgebildet, dass die angemessene Form der Kirchenleitung nur geschwisterlich sein kann. Die calvinistisch und freikirchlich geprägten Kirchen in England und Nordamerika waren hier Vorreiter. In einer Kirche, in der alle von gleichem Wert und gleicher Würde sind, auch wenn sie unterschiedliche Funktionen ausüben, geschieht die Kirchenleitung in presbyterial-synodaler Weise. Immer wieder sind von den demokratischen Strukturen und der demokratischen Kultur evangelischer Kirchen – wie unvollkommen sie auch gewesen sein mögen – Anstöße zur Demokratisierung von Gesellschaften ausgegangen. Die friedliche Revolution 1989 in der damaligen DDR ist ein eindrückliches Beispiel in unserem eigenen Land. Aber auch die Rolle der Schwarzen Kirchen in der Bürgerrechtsbewegung der USA ist hier zu nennen. Deshalb bejaht die evangelische Kirche den demokratischen Rechtsstaat. Dies widerspricht den demokratiefeindlichen Positionen rechts-extremer und rechtspopulistischer Ideologien und deren Bejahung einer autoritären oder diktatorischen Regierung durch einen „starken Mann“.

5. Der rechtsstaatliche Schutz der „Fremdlinge“

Obwohl gerade im Alten Testament vielfach Berichte von Gewalt gegen

andere Völker und Fremde überliefert sind, findet sich doch eine erstaunliche Tendenz gerade zum Schutz fremder Menschen. Wohl aufgrund der eigenen Erfahrungen in Exilsituationen (Ägypten, Babylon) haben sich so in der Rechtsordnung Israels besondere Formen des Schutzes von Ausländern entwickelt: „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen“ (2. Mose 22,20). Die so genannten „Fremdlinge“ wurden den Einheimischen gleichgestellt. Beachtenswert ist dabei, dass diese Regelungen in die Rechtssammlungen des Alten Testaments aufgenommen wurden, ihnen also eine besondere Form der Verbindlichkeit und Bedeutung gegeben wurde: „Es soll ein und dasselbe Recht unter euch sein, für den Fremdling wie für den Einheimischen; ich bin der Herr, euer Gott“ (3. Mose 24,22).

Zudem gehört es durch die schmerzhaften Erfahrungen der konfessionellen Spaltung und der Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts zu den grundlegenden Einsichten der europäischen Gesellschaften, dass rechtsstaatlicher Schutz für alle unabhängig von ihrer Herkunft und Religionszugehörigkeit eine Grundvoraussetzung für die gewaltfreie Konfliktlösung und friedliches Zusammenleben ist. Die christlichen Kirchen engagieren sich auch deshalb in der Gesellschaft für den rechtsstaatlichen Schutz aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft bzw. Religionszugehörigkeit. Die Friedensordnung am Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 hat darüber hinaus zu einer politischen Kultur der Toleranz sowie des Ausgleichs und Kompromisses beigetragen, die gerade

in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft von bleibender Bedeutung ist.

6. Orientierung auf Gerechtigkeit und Frieden

Der Prophet Jesaja entwirft eine große Friedensvision, die er an die Erwartung eines kommenden Messias bindet: „Gerechtigkeit wird der Gurt seiner Lenden sein und die Treue der Gurt seiner Hüften. Da werden die Wölfe bei den Lämmern wohnen und die Panther bei den Böcken lagern. Ein kleiner Knabe wird Kälber und junge Löwen und Mastvieh miteinander treiben. Kühe und Bären werden zusammen weiden, dass ihre Jungen beieinander liegen, und Löwen werden Stroh fressen wie Rinder. Und ein Säugling wird spielen am Loch der Otter, und ein entwöhntes Kind wird seine Hand stecken in die Höhle der Natter“ (Jes 11,5-8). Mit gewaltlosen Mitteln Frieden und Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen und weltweit zu schaffen, ist eine Grundorientierung des biblischen Zeugnisses, das durch die verschiedenen Formen der Überlieferung hindurch zunehmend deutlich wird. Dies widerspricht einer Propagierung des Rechts des vermeintlich Stärkeren, wie es in rechtsextremen und rechtspopulistischen Weltbildern zu finden ist.

7. Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus gehört zur Weltverantwortung der Kirche

Die Bezeugung des Evangeliums ist konstitutiv öffentlich (Augsburger Konfession, Art. 14). Dies gilt sowohl für den Zuspruch des Evangeliums als auch für den Anspruch, der sich daraus für die Lebensführung der Christinnen und Christen und ihre Mitge-

staltung des Gemeinwesens, in dem sie leben, ergibt. Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche folgt aus dem Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums. Die Weltverantwortung gehört zum Evangelium ursprünglich dazu, sie kommt nicht erst hinzu. In diesem Sinne werden sich nicht nur evangelische Christinnen und Christen, sondern die Gemeinden und Kirchen gegen Rechtsextremismus und seine Elemente engagieren. Zum einen weil sie zu unmittelbarer Hilfe herausgefordert werden, wenn Menschen von Rechtsextremen in ihrem Leben beeinträchtigt werden – und das fängt nicht erst bei der Androhung und Anwendung von Gewalt an. Zum zweiten müssen sie sich gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus wehren, weil er fundamental den christlichen Grundüberzeugungen und Maßstäben widerspricht. Drittens werden die Kirchen im Rahmen ihres Öffentlichkeitsauftrags die demokratische und plurale Kultur- und Institutionenordnung unseres Landes stärken, die Grundlage unseres Gemeinwesens ist, gemäß dem Motto: „Suchet der Stadt Bestes ... und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl.“ (Jer 29,7) Dazu gehört viertens, zu erkennen, dass Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht nur eine Frage individueller und kollektiver Einstellungen ist, sondern gesellschaftlich-institutionelle Ursachen haben. Deshalb gehört es zur Weltverantwortung der Kirche, nicht nur in direkter menschlicher Hilfe aktiv zu werden und Nächstenliebe zu üben, sondern auch die politischen, kulturellen und

wirtschaftlichen Mechanismen zu bekämpfen, die Ausgrenzung, Ausbeutung und Abwertung hervorbringen.

Dabei sind neben den offensichtlichen Angriffen auf die Menschenwürde zwei Entwicklungen besonders beunruhigend. Zum einen gehört es zur Strategie des Rechtspopulismus, die Grenzen dessen, was als Teil des öffentlichen Diskurses akzeptabel ist, zu verschieben. Die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation ermöglichen hier Entwicklungen, die noch vor kurzem undenkbar waren. Meinungsfreiheit ist ein wichtiges Gut in der demokratischen Gesellschaft. Und es sollen keine Meinungen verboten oder unterdrückt werden, wenn sie nicht in strafrechtlich relevanter Weise verletzend sind. Aber es sollte immer darum gehen, dass solche Positionen nach dem Motto „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!“ nicht als normal oder richtig angesehen werden. Nicht alles, was man sagen darf, ist deshalb schon zustimmungs-

fähig. Besonders rassistische und sexistische Stereotype dienen dazu, die Grenzen des Sagbaren zu testen und schleichen sich in die Alltagskommunikation ein. Bestimmte Positionen als falsch und menschenrechtsverletzend zu bewerten heißt ja nicht, sie zu unterdrücken oder zu verbieten, wie von Populisten dann immer behauptet wird, um sich selbst in die Opferrolle zu begeben. Wir erleben dieses Verschieben von Grenzen auch in den kirchlichen Diskursen. Hier gilt es wachsam zu sein, um, was falsch ist, als falsch zu markieren, und was menschenfeindlich ist, als menschenfeindlich. Es ist die prophetische Aufgabe der Kirche nach innen und außen, zu sagen, was ist und darauf zu vertrauen, dass uns die Wahrheit frei machen wird.

Prof. Dr. Michael Haspel lehrt an der Forschungsstelle „Sprache. Kommunikation. Religionsunterricht“ am Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt.

Im Gespräch bleiben, Grenzen setzen

David Begrich

Das Thema Flucht und Migration polarisiert die Gesellschaft seit 2015 so stark wie seit Beginn der 1990er-Jahre nicht mehr. Rechtspopulistische Stimmungen werden von der AfD als Wählerstimmen mobilisiert. Die offizielle Haltung der Kirchen ist eindeutig. Sie wehrt sich gegen rechtspopulistische Vereinnahmungsversuche im Namen des „christlichen Abendlandes“ und unterstützt den Flüchtlingsschutz. Doch wie andere gesellschaftliche Großorganisationen ist Kirche in gewissem Umfang Spiegel der Gesellschaft. Somit finden sich auch hier skeptische, ablehnende und wohl auch rassistische Auffassungen gegenüber Flüchtlingen und Migranten. Kirchengemeinden sollten sich der Debatte stellen. Aber wie?

Wahrnehmung schärfen

Zunächst gilt es, die eigene Wahrnehmung zu schärfen, wo Mitglieder in der Kirchengemeinde artikulieren, sie kämen mit ihren Ansichten zum Thema Flüchtlinge nirgendwo, auch nicht in ihrer Kirchengemeinde zu Wort. Dem vielfach von Vertretern rechtspopulistischer Positionen in Politik und Medien vermittelten Eindruck, es gäbe keinen Raum für offene, kontroverse und kritische Diskussionen rund um Themen wie Flucht und Asyl, gilt es ruhig und sachlich entgegen zu treten. Denn das Gegenteil ist richtig. Seit etwa drei Jahren schenken Politik und Medien Menschen und politischen Interessengrup-

pen, die sich kritisch bis ablehnend zu den Themen Flucht und Asyl äußern, in breitem Umfang Aufmerksamkeit. Ob in Leserbriefspalten der Tageszeitungen oder in Talkshows: überall kommen diese Positionen zu Wort. Dass Gemeindeglieder dennoch den Eindruck haben, nicht gehört zu werden, hängt vor allem daran, dass sich diese Menschen aus sehr unterschiedlichen Gründen von Politikern und Kirchenleitungen nicht mehr vertreten sehen. Viele Faktoren spielen hier zusammen: das Gefühl von Ohnmacht gegenüber als bedrohlich empfundenen Veränderungen in der eigenen Lebenswelt, die zu einer kulturellen Entfremdung führt, der schwindende solidarische Zusammenhalt in der Gesellschaft und der Umstand, dass Werte und Normen des Zusammenlebens nicht mehr wie scheinbar früher selbstverständlich sind, sondern Teil eines Aushandlungsprozesses auch mit Minderheiten, die vor Jahren noch kein Gehör fanden. Dennoch ist die Kirchengemeinde ein guter Ort, dem Eindruck des Nicht-Gehört-Werdens entgegenzutreten. Denn anders als in anderen Arenen der gesellschaftlichen Debatte, in denen es immerfort nur um die Konkurrenz der Ansprüche und der Aufmerksamkeit geht und zu meist jene Aufmerksamkeit bekommen, die sich am lautesten zu Wort melden, kann eine Kirchengemeinde ein guter Ort für eine Kultur des Zuhörens und des respektvollen, differenzierten Gesprächs sein.

Im Dialog bleiben

Um im Dialog mit Gemeindegliedern, die rechtspopulistische Positionen vertreten, zu bleiben, ist es wichtig, eine wertschätzende Zuhörens- und Gesprächsbereitschaft gegenüber den Menschen zu signalisieren, die die Bereitschaft zeigt, die eigenen Gewissheiten nicht zum Maß zu erklären, sondern begründet zur Diskussion zu stellen. Es kann eine Arbeit des Aushaltens sein, sich mit Sichtweisen zu konfrontieren, die den eigenen moralischen und ethischen Auffassungen widersprechen oder diese fundamental in Frage stellen. Dialog mit Vertretern rechtspopulistischer Auffassungen gelingt, wo Argumente wirklich abgewogen, ihre Gründe nachvollziehbar dargelegt werden und auf persönlich verletzende Unterstellungen und Urteile moralischer Abwertung verzichtet wird. Dialog setzt jedoch auch eine Kultur der Konfliktfähigkeit voraus, die bereit ist, auf radikal andere Sichtweisen wirklich einzugehen, statt sie nur zur Kenntnis zu nehmen. Die Schwierigkeit, die sich in den Formaten des Bürgerdialogs im Umfeld von PEGIDA zeigten, erwachsen zu einem nicht unwesentlichen Teil aus dem Umstand, dass ein Teil der Anhängerschaft rechter Positionen gar keine anderen Argumente hören wollte, sondern nur auf Bestätigung der eigenen Ansichten aus war.

Grenzen setzen

Zugleich gilt es, Grenzen zu setzen. Die Auseinandersetzungen um die Dialogfähigkeit der Demokratie führten in den zurückliegenden Jahren zu einer Verrohung der politischen Sprache und zu einer folgenreichen Gewaltaffinität. Daher ist es ebenso wichtig, namens der eigenen Positionen die Grenzen der Dialogbereitschaft mit rechten und rechtspopu-

listischen Positionen aufzuzeigen. Diese ist erreicht, wo Menschen pauschal diffamiert, beleidigt und diskriminiert oder ihnen die Existenzberechtigung abgesprochen wird, Fragen durch scheinbar feststehende Antworten für unzulässig erklärt werden, und die Debatte um Inhalte durch Vorurteile und Rassismus ersetzt wird. Ob und wo diese Grenzen erreicht sind, können und sollten Kirchengemeinden immer wieder im Licht der biblischen Botschaft und der Bekenntnisschriften ansehen, prüfen und diskutieren.

Handlungsempfehlung

Dialogformate sollten zu selbstgewählten Bedingungen stattfinden. Kirche ist gesprächsbereit, aber nicht um jeden Preis. Anlass, Ort und Gesprächsformat sollten Gewähr für eine ausgewogene und faire Debattenkultur bieten, in der auch Minderheitenmeinungen zu Wort kommen und gehört werden. Gemeinden sollten prüfen, wem sie ein Forum bieten. Jenen, die als Ideologieproduzenten des Rechtspopulismus agieren, ist in der Regel nicht an einem wirklichen Austausch gelegen.

Pluralität sichtbar machen: Gegen die Polarisierung der Meinungen gilt es, die Pluralität der Stimmen und die Differenziertheit verschiedener Perspektiven auf die Kontroverse um rechtspopulistische Themensetzungen zu stärken. Motto: Wo andere laut werden, werden wir leise. Wo andere generalisieren, differenzieren wir. Wo andere endgültige Antworten geben, fragen wir nach.

David Begrich hat Evangelische Gemeindepädagogik in Potsdam und Berlin studiert und ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. in Magdeburg.

BAUSTEINE

Der Bau einer Moschee in Erfurt-Marbach und eine zerrissene Gemeinde

Interview mit Pfarrer Ricklef Münnich

Im Jahre 2016 wurde bekannt, dass die islamische Ahmadiyya-Gemeinde den Bau einer Moschee im Erfurter Stadtteil Marbach geplant hat. Es gab bald zum Teil heftige, abwehrende Reaktionen und Widerstand von verschiedenen Seiten. Unter anderem hatten sich die AfD und rechte Bewegungen in einer „Widerstandsgruppe“ namens „Bürger für Erfurt“ gegen den Bau positioniert. Demgegenüber haben sich der Evangelische Kirchenkreis Erfurt, die EKM, die katholische Kirche und auch die Jüdische Landesgemeinde für den Bau der Moschee ausgesprochen. In Marbach selbst ist die Bevölkerung seither gespaltenen Meinung.

Ricklef Münnich, Sie waren Ortspfarrer in Marbach und Salomonsborn. Wie hat die Kirchengemeinde reagiert, als der Bauantrag bekannt wurde?

Der Bauantrag wurde mir zunächst indirekt bekannt, als mich mehrere Menschen anriefen und fragten, wie hoch denn der Marbacher Kirchturm sei. Das habe ich dann selbst erst aus den Unterlagen herausgesucht. Über die Angabe „22 Meter“ waren die Anrufer beruhigt. Wie sich herausstellte, gab es Befürchtungen, das geplante Minarett einer Moschee in Marbach würde höher als der christliche Kirchturm.

Innerhalb des Gemeindegemeinderates gab es immer kontroverse Ansichten und Standpunkte zum Bauvorhaben. Die Stellungnahme der Landesbischöfin Ilse Junkermann wurde intern mehrheitlich kritisiert, insbesondere die Aussage: „Deshalb begrüßen wir als evangelische Kirche den Moscheeumbau in Erfurt.“ Die Meinung war, die

Kirche dürfe sich in dieser Sache nicht auf eine Seite schlagen, sie dürfe eine islamische Expansion nicht gut heißen.

Nachdem eine Bürgerversammlung im Sport- und Freizeitzentrum recht tumultartig und unergiebig verlaufen war, wurde am 7. Juni 2016 in das evangelische Gemeindehaus eingeladen zu „Information und Gespräch“ unter dem Titel „Muslime in unserer Nachbarschaft“. Da es in der Gemeindeleitung jedoch Vorbehalte und Fragen gab, ob sich die Kirchengemeinde überhaupt in die Auseinandersetzungen einbringen sollte, stand unter der Einladung: „Eine Veranstaltung der Evangelischen Erwachsenenbildung Thüringen“. Man traute sich nicht, Farbe zu bekennen. Der gut besuchte Abend selbst wurde als sehr positiv empfunden, weil alle Anwesenden offen ihre Meinung sagen konnten, gleich wie sie lautete.

Für mich ist dies die eigentliche Aufgabe von Kirche, auch weil sie niemand sonst wahrnimmt, nämlich ein freies

Gespräch und offenen Meinungsaustausch zu ermöglichen, ohne dass jemand deswegen in linke oder rechte Ecken gestellt wird.

Am besten gelang dies mit den Konfirmandinnen und Konfirmanden, die vorgeschlagen hatten, sich selbst besser zu informieren und das Gespräch mit der Ahmadiyya zu suchen. So fand ein Konfirmandentag zusammen mit jungen Mitgliedern der Ahmadiyya und Herrn Mohammad Suleman Malik statt. Dieser Tag war für alle Beteiligten eine positive Erfahrung.

Hier kam zum Beispiel auch zur Sprache, was für viele Gegner eines Moscheebaues als irrelevant angesehen wurde, mir jedoch für das Verständnis nicht unerheblich zu sein scheint: Die Ahmadiyya-Gemeinde stammt nicht aus der arabischen Kultur, sondern aus Pakistan, wo sie verfolgt wird. Daher leben ihre Anhänger zum Teil seit Jahrzehnten als anerkannte Asylbewerber in Deutschland. Diese haben zumeist die deutsche Staatsbürgerschaft und müssen als integriert gelten. Im Verhältnis zu den Hauptströmungen des Islam werden sie – auch von diesen – als Sekte angesehen bzw. abgelehnt. Genau genommen handelt es sich demnach bei der geplanten Errichtung einer Moschee in Erfurt-Marbach nur eingeschränkt um einen islamischen Bau.

Neben dem Baugelände der Moschee wurden von der rechtskonservativen Gruppe demonstrativ Holzkreuze aufgestellt. Sie haben sich als Pfarrer klar positioniert: Das christliche Symbol darf nicht missbraucht werden. Welche Reaktionen gab es? Letztlich waren es nicht die „Bürger für Erfurt“, die die Kreuze aufgestellt hat-

ten, sondern benutzt und unterwandert wurden sie von zwei Gruppierungen, die der „Identitären Bewegung“ nahestehen, nämlich der Bürgerinitiative „Ein Prozent“ und der „KontraKultur“ Halle. Diese hatten die Aufstellung der Kreuze organisiert und finanziert. Aber sie griffen ein Marbacher „Gefühl“ auf und verwandelten es in eine politische Aussage, für die ein christliches Symbol eingesetzt wurde: Eine Moschee an dieser Stelle bedroht unser „christliches Abendland“, aber wir geben es nicht kampflos auf, dafür stehen die Kreuze.

Die Reaktionen auf meinen Protest, dass hier ohne religiösen Hintergrund das wesentliche Symbol der katholischen wie evangelischen Gemeinde missbraucht würde, fielen erwartungsgemäß gegensätzlich aus. Die einen schüttelten den Kopf: Jetzt steht nicht einmal mehr der Pfarrer hinter dem christlichen Kreuz und damit den christlichen Werten unserer abendländischen Kultur; andere spürten freilich, dass das Kreuzsymbol – so gut wie ausschließlich von Nichtchristen – für ihre eigenen Ziele und Zwecke benutzt werden sollte.

Im Gemeindegemeinderat wurde diskutiert, später auch in öffentlichen Veranstaltungen in Marbach, mit Vertreterinnen und Vertretern von Stadt, Kirchen und Kommune. Was waren entscheidende Punkte in diesen Auseinandersetzungen?

Die hauptsächlichen Argumente – wenn man den Begriff verwenden will – waren:

» In Marbach gibt es keine Muslime, und jetzt soll hier ein muslimisches Zentrum entstehen, zu welchem die

Besucher der Moschee aus ganz Thüringen nach Marbach angereist kommen und den Ort vollständig überfremden werden.

- » Wenn ich künftig aus Erfurt von der Arbeit nach Hause fahre, sehe ich als erstes das Minarett. Das will ich nicht. Das wäre nicht mehr meine Heimat.
- » Die Moschee kann durchaus irgendwo anders stehen, aber nicht hier bei uns.
- » Wir haben uns mit all unseren Ersparnissen unsere Grundstücke gekauft und Häuser gebaut. Kommt die Moschee, wird unser Eigentum einen gewaltigen Wertverlust erleiden.
- » Der Islam gehört nicht zu Deutschland und darum eine Moschee nicht zu Marbach.
- » Die Moschee ist Teil einer groß angelegten Strategie, uns mit fremden Werten und Vorstellungen zu unterwandern. Wenn wir nicht aufpassen, wird der Islam bald ganz unsere Zukunft bestimmen und beherrschen. Darum müssen wir der Anfänge in Marbach wehren.

Besonders häufig wurde gesagt: „Die Mehrheit der Marbacher ist gegen die Moschee. Darauf nimmt die Stadt Erfurt jedoch keine Rücksicht.“ Die gefühlte und wahrscheinlich auch vorhandene, aber natürlich empirisch unbewiesene Mehrheit galt in allen Gesprächen gewichtiger als das Argument der grundgesetzlich geregelten Religionsfreiheit: Auf uns hört ja niemand in Politik und Verwaltung, darum interessieren uns auch nicht mögliche Auswirkungen der Religionsfreiheit, die wir nicht vertreten. Das Grundgesetz wurde argumentativ so beiseite gewischt: In isla-

mischen Staaten darf man auch keine Kirchen bauen. Wenn das einmal möglich werden sollte, können wir anfangen zu reden.

Gegen diese Sichtweise gab es kaum Einspruch. Nicht, dass alle so dachten. Aber in einer Zeit, in der tatsächlich sehr viele Menschen den Eindruck hatten, mit der Öffnung der Grenzen für eine unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland seien Gesetze mindestens zeitweise außer Kraft gesetzt worden, fruchtete der Verweis auf eine Gesetzeslage beim Moscheebau in Erfurt argumentativ wenig.

Nur etwa vier Prozent³ der Thüringer haben einen Migrationshintergrund, auch wenn sich deren Zahl seit 1999 verdoppelt hat. Welche tieferen Ängste und Vorbehalte sind hinter den gefühlten Überfremdungs- und Bedrohungsszenarien zu vermuten?

Die Bürger der DDR haben infolge der „Wende“ einen immensen und umfassenden Verlust an Bedeutung aller Werte erlebt, die bis 1989 galten. Biografien wurden ganz neu bewertet, Orientierung in der neuen Bundesrepublik musste erst geübt werden. Ein gewisser Werteverlust hält tatsächlich bis heute an, Konsum und Vermehrung materieller Güter schaffen kein Gegengewicht, das seelische Ausgeglichenheit und Zufriedenheit mit sich bringt. Der Islam und die Ahmadiyya scheinen klare und eindeutige Werte und Verhaltensweisen zu fordern und zu vermitteln. Dies wird vor dem geschilderten Hintergrund als Bedrohung erlebt.

3 Daten vom Thüringer Landesamt für Statistik, 2018: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kro00102%7C%7C>

Klare und eindeutige Werte zum Handeln gegenüber anderen in Gemeinde und Öffentlichkeit sowie gegenüber Menschen in Not auf der Grundlage der Bibel haben natürlich auch die christlichen Gemeinden. Aber Motive und Überlegungen wie „Wenn wir beten und das in unserer Kirche tun, dann können wir doch auch andere in ihrem Gotteshaus beten lassen“, verfangen meist nicht. Am Eindrücklichsten war mir der Einwand eines Gemeindeältesten: „Sie müssen ja so reden, Herr Pfarrer“.

Der Bauantrag ist im Januar 2018 von der Stadt genehmigt worden. Vorher gab es wieder Demos und Kundgebungen, und mit weiteren ist zu rechnen. Wie beschreiben Sie die Lage im Moment?

Viele Menschen sind der Auseinandersetzungen müde. Sie sind enttäuscht von der Erfurter Politik und Verwaltung, da sie nicht angehört würden. Insofern herrscht derzeit Ruhe, wenn auch eine angespannte Ruhe. Sie würde sich im Moment einer Grundsteinlegung womöglich in neuen Protesten entladen. Man wird sehen, ob diese auch – von außen importiert – mit Anwendung von Gewalt zum Ausdruck gebracht würden.

Welche Lösungen gibt es aus Ihrer Sicht?

Die Lösung aus der Sicht einer großen, wenn nicht überwiegenden Zahl von Marbacherinnen und Marbachern ist einfach: Keine Moschee in Marbach, keine Moschee in Erfurt!

Meine Lösung wäre, wieder und wieder zu versuchen, miteinander zu reden. Auch mit den Mitgliedern der Ahmadiyya-Gemeinde. Aber zunächst

besonders unter den Einwohnern Marbachs. Kirchengemeinde hat dabei die Zerrissenheiten, die Marbach schon vor dem Bauantrag für die Moschee prägten, immer wieder mit den Betroffenen gemeinsam anzuschauen. So die Tatsache, dass seit 1945 wesentliche Teile der Dorfbevölkerung aus Flüchtlingen bestehen und diese von Hilfs- wie auch von Feindschaftserfahrungen zu erzählen wissen. So die Tatsache, dass Marbach nach 1990 eine Zuwanderung von bis heute dem Doppelten der alten Dorfbevölkerung erlebte – nämlich in die Neubaugebiete, und die „Neuen“ ebenfalls von Willkommens- wie Ablehnungsbekundungen berichten können.

Kirchengemeinde lebt von Kommunikation, Kommunikation des Evangeliums. Sie kommuniziert und lebt Inhalte des Evangeliums, wenn sie gegnerische Standpunkte moderiert und auch wenn sie sich im Idealfall in der gemeinsamen Kommunion, dem Abendmahl, von ihrem Herrn versöhnen lässt.

Von den biblischen Grundlagen her sollten auch die „essentials“ einer christlichen Gemeinde noch klarer zum Ausdruck gebracht werden. Die Geschwisterlichkeit mit der jüdischen Gemeinde zum Beispiel bringt eindeutige Entscheidungsvorgaben mit sich. Wir werden immer für einen Synagogenbau kämpfen, wir werden uns immer für jüdische Religionsfreiheit bei Beschneidung und Schächtung einsetzen. Das setzt Maßstäbe, die dann auch in der Bewertung muslimischer Religionspraxis nicht mehr übersehen werden können.

Wenn es also gelingt, die Zeit bis zur Errichtung einer Moschee gewaltfrei

und kommunikativ zu nutzen, gibt es die Hoffnung, dass manche merken: So schlimm sind „die“ ja gar nicht! Der eine oder die andere würde vielleicht sogar einen Tag der Offenen Tür in der Moschee zu einem Besuch nutzen. Und irgendwann in einer fernen Zukunft wäre die Moschee Marbacher Normalität – so wie es heute schon längst die Flüchtlin-

ge aus den Folgen des Weltkrieges sind oder die Neuzugezogenen.

Ricklef Münnich war von 2007 bis 2017 evangelischer Pfarrer im Erfurter Ortsteil Marbach und Salomonsborn, er ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum und wohnt in Erfurt. Das Interview führte Jürgen Reifarh.

Unwidersprochen? Argumentieren gegen populistische Positionen

MOBIT Thüringen

Vielfältige wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass sich extrem rechte Einstellungen quer durch alle Alters- und Teilgruppen der Gesellschaft finden lassen.⁴ Sie sind somit ein Problem in deren Mitte und nicht wie oft behauptet an ihrem Rand, wobei sich vor allem bei rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen die höchsten Zustimmungswerte in der Bevölkerung zeigen, wie die Ergebnisse des Sachsen-Anhalt-Monitors und gleichermaßen die des Thüringen-Monitors belegen.⁵

Auch Christinnen und Christen bleiben nicht verschont vor solchen Begegnungen und Erfahrungen mit rechtsorientiertem Gedankengut und dementsprechenden Aussagen. Man wird damit im gesellschaftlichen Umfeld, möglicherweise auch in der eigenen Kirchengemeinde konfrontiert. Doch wegschauen, überhören und keinerlei Widerspruch zu leisten, sollte

keine Option für Kirchengemeinden und Christinnen und Christen sein!

Im Folgenden finden sich beispielhaft kurze Anregungen für die konkrete Auseinandersetzung mit verallgemeinernden Sprüchen und diskriminierenden Vorurteilen, die oftmals komplexe Sachverhalte auf simple Freund-Feind-Schemata reduzieren und damit einfache Lösungen suggerieren wollen. Der Beitrag soll dazu ermutigen nicht zu schweigen, sondern sich einzumischen.

Parolen contra geben

„Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“

Eine der geläufigsten Parolen, anhand derer deutlich wird, dass eine Differenzierung (wie bei allen Auseinandersetzungen mit solchen Parolen) notwendig ist, um das verallgemeinernde „die“ in Frage zu stellen.

4 Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016; Zick, Andreas/Klein, Anna: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn 2014; Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Berlin 2012; Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010; Brähler, Elmar/Decker, Oliver: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008, Berlin 2008

5 Holtmann, Everhard/Jaek, Tobias/Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018; Niehoff, Steffen/Salheiser, Axel/Vogel, Lars: Thüringen-Monitor 2017. Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen, Jena 2017

6 Vgl. Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus. Schwalbach/Ts. 2006 und Landesjugendring Thüringen: FAIR denken – Damit Stammtischparolen nicht siegen. Erfurt 2009

Wer ist damit gemeint: die einst angeworbenen und seit Jahren hier lebenden so genannten Gast- oder Vertragsarbeiter und deren Nachkommen? Die südamerikanischen Fußballer in der Bundesliga? Die osteuropäischen Saisonarbeiter und Erntehelfer? Die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion? Der Inhaber des türkischen Imbiss oder des griechischen Restaurants? Die Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan, die Asyl beantragen?

Weitere gezielte Nachfragen, um einzelne Aspekte eines solch komplexen (sozio-ökonomischen) Sachverhalts zu thematisieren und der Parole das Fundament zu zerbröseln, könnten u.a. sein:

- » Wieso ist dann ausgerechnet in den Regionen der Bundesrepublik die Arbeitslosigkeit am höchsten, in denen die wenigsten Ausländer wohnen?
- » Was ist mit den Fachkräften, die in verschiedenen Gewerben und Bereichen (IT, medizinische Versorgung, etc.) dringend benötigt werden?
- » Was ist mit denjenigen ausländischen Unternehmen, Investoren und Selbstständigen, die neue Arbeitsplätze erst schaffen?

„Die Flüchtlinge kommen doch nur hier her, um vom deutschen Wohlstand zu profitieren! Die legen sich faul in die Hängematte des Sozialstaates und leben auf unsere Kosten wie die Made im Speck!“

Auch diese Parole dürfte allseits bekannt sein. Die Rede ist in diesem Zusammenhang von den so genannten „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“, die politische Verfolgung

nur vortäuschten. Auf einige prägnante, reale Fakten gilt es hierbei zu verweisen, um die Mär von dem Leben der Flüchtlinge in Saus und Braus zu entkräften:

- » Unter dem Begriff „Flüchtlinge“ fassen Medien und Politik viele verschiedene Status zusammen. Die Frage, ob Flüchtlinge arbeiten dürfen, hängt nämlich von der genauen Situation des Betroffenen ab.
- » Flüchtlinge sind nicht gleich Flüchtlinge: Geduldet, Bewerber oder anerkannter Status? Folgender Status ist möglich: a) Neu angekommene Flüchtlinge, die noch keinen Asylantrag gestellt haben; b) Asylbewerber, bei welchen das Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingeleitet wurde; c) Personen mit einem anerkannten Flüchtlings- oder Asylstatus oder unter subsidiären Schutz; d) geduldete Ausländer.
- » Während der Erstaufnahme und für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern gibt es allerdings kein Arbeitsrecht. Für Asylbewerber, die ihren Antrag bereits abgegeben haben und nicht aus einem als sicher eingestuftem Staat kommen, gilt die Drei-Monats-Regelung.
- » Während der ersten Monate gilt lediglich eine eingeschränkte Arbeitslaubnis, nach 15 Monaten entfällt die Beschränkung jedoch in der Regel und die Rechte der Flüchtlinge werden ausgeweitet. Eine selbständige Tätigkeit ist jedoch für Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung grundsätzlich nicht erlaubt. Hierfür ist eine Aufenthaltserlaubnis notwendig.

- » In den ersten 15 Monaten des Aufenthalts erhalten Leistungsberechtigte die so genannten „Grundleistungen“ nach § 3 AsylbLG. Diese unterliegen besonderen Regelungen, sind etwas niedriger als reguläre Sozialleistungen und können zum Teil oder sogar vollständig als Sachleistungen erbracht werden.
- » Der monatliche (Bar)Geldbetrag für den „notwendigen persönlichen Bedarf“ belief sich lange Jahre bis Sommer 2012 auf 40,90 €. Das Bundesverfassungsgericht hat diesen Wert in einer Entscheidung vom 18. Juli 2012 für verfassungswidrig erklärt. Gegenwärtig wird ein Betrag von derzeit max. 135,00 € monatlich gewährt.
- » Die Krankenversorgung ist stark eingeschränkt. Eine Versicherungskarte wie in einer gesetzlichen Krankenversicherung wird in der Regel nicht ausgestellt. Nur bei akuten oder schmerzhaften Erkrankungen übernimmt das Sozialamt die Behandlungs- und Medikamentenkosten.

Hinweisen könnte man auch durchaus auf die Millionen von hilfsbedürftigen Flüchtlingen weltweit⁷, von denen nur ein geringer Bruchteil die reichen, westlichen Industrieländer erreicht⁸. Damit kann auch gleichermaßen dem

7 Vgl. <http://www.unhcr.de/statistiken.html>. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR) zählte 2017 über 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Rund 25,4 Millionen dieser Menschen sind Flüchtlinge, die vor Konflikten, Verfolgung oder schweren Menschenrechtsverletzungen aus ihrer Heimat flohen. Die Hälfte der Flüchtlinge weltweit sind Kinder unter 18 Jahren. 40,0 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene, Menschen, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. 3,1 Millionen Menschen unter den 68,5 Millionen sind Asylsuchende.

unheilvollen Begriff der „Asylantenschwemme“ der Wind aus den Segeln genommen werden. Allerdings sollte dies gleichermaßen kritisch beäugt werden, da der Schutz von Asylsuchenden in der europäischen Politik wenig Beachtung findet. Vielmehr ist es der Versuch, die Frage der Migration vorrangig nach dem wirtschaftlichen Nutzen des Staates zu bewerten.

„Deutschland ist überfremdet! Hier leben bereits zu viele Ausländer!“

Diese „Überfremdungsparole“ findet in den angesprochenen wissenschaftlichen Untersuchungen regelmäßig die höchsten Zustimmungswerte. Es lässt sich an die obigen Argumentationsmuster anknüpfen („Die“ Ausländer? Wer ist eigentlich damit gemeint?), um in Form von gezielten (Nach)Fragen und konkreten Fakten dazu Stellung zu beziehen.

- » Wie hoch ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik?⁹ Woran wird bemessen, dass es zu viele sind?

8 Im Jahr 2017 wurden ca. 198.000 Asylersanträge in Deutschland gestellt. Damit lag die Zahl der Erstanträge in etwa auf dem Niveau des Jahres 2014. Hierin sind auch verzögerte Antragstellungen enthalten, die sich aus dem Rückstau der Vorjahre ergeben, so dass die Zahl der tatsächlich in 2017 neu eingereisten Asylsuchenden bei knapp 187.000 Personen lag (2016: ca. 280.000, 2015: ca. 890.000). Syrische Flüchtlinge machten 2017 insgesamt ein Viertel aller Asylsuchenden in Deutschland aus. Siehe: <http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/>

9 Nach Angaben des Ausländerzentralregisters am Jahresende 2017: ein ausländischer Bevölkerungsanteil von 9, 57 Millionen Personen. Dies bei einer Gesamtbevölkerung von 82,74 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200177004.pdf?__blob=publicationFile.

- » Wie sieht es denn in Sachsen-Anhalt oder Thüringen aus? (In Thüringen beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung 4,1 %, in Sachsen-Anhalt 4,4 %.¹⁰)
- » Ist nicht sogar eine verstärkte Zuwanderung in Zeiten des demographischen Wandels nötig?

Neben diesen argumentativ-rechnerischen „Zahlenbeispielen“ sollte der Blick aber auch auf die gefährliche Botschaft hinter der Aussage gerichtet sein: „Ausländer sind eine drohende Gefahr für das deutsche Volk! Man ist nicht mehr Herr im eigenen Land.“ Da verknüpfen sich die rassistischen Parolen mit stark nationalistischen Tönen, die es dann meist noch schwerer machen, darauf mit rationalen Argumenten einzugehen.

„Islamisierung stoppen! Keine Moscheen und Minarette in Deutschland!“

Auch dahinter verbirgt sich ein Gemisch aus der oben genannten Befürchtung vor „fremden Einflüssen“ gepaart mit den Vorwürfen von „Machtgehaberei, Protzerei und Überlegenheitsphantasien“ symbolisiert in solchen muslimischen Bauwerken. Wie also darauf reagieren?

- » Die Religionsfreiheit ist Grundbestandteil der Menschenrechte und im Grundgesetz der Bundesrepublik als ein Grundrecht verankert (Artikel 4 GG)! Will man das zur Disposition stellen, darüber verhandeln?
- » Der Bau von Moscheen und Minaretten gehört zum religiösen Leben der

Muslimen ebenso selbstverständlich dazu, wie auch die Kirche elementarer Bestandteil des religiösen Lebens von Christen ist!

- » Was ist mit der oft gehörten Forderung an muslimische Glaubensgemeinschaften, aus den Hinterhöfen heraus zu treten, sich transparent und offen zu geben?! Nun werden sie sichtbar (genau im baulichen Sinne des Wortes) und das ist dann auch nicht in Ordnung?
- » Ist in der Forderung nach Integration und gleichberechtigter Teilhabe von Muslimen in unserer Gesellschaft der Bau von entsprechenden würdigen Gotteshäusern nicht eingeschlossen?

Ja natürlich, über die Höhe von Minaretten und die Ornamentierung von Kuppeln lässt sich diskutieren und streiten (und müsste wahrscheinlich häufiger praktiziert werden, um Vorurteile aus dem Weg zu räumen), aber dass Moscheen als Zentren muslimischer Glaubens gebaut werden dürfen, sollte außer Frage stehen.

Übrigens haben sich einige evangelische Landeskirchen in einem Ramadanguß explizit für einen Dialog der Religionen und gegen solche antiislamische Parolen ausgesprochen.¹¹ Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland setzt sich explizit für den Dialog der Religionen ein.

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“

Kanzlerin Angela Merkel bemerkte 2010: „Ich glaube, dass der Bundespräsident (damals Christian Wulff, d.V.) auf

¹⁰ Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik und des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt. Stand: 31.12.2016.

¹¹ <http://downloads.kirche-im-bistum-aachen.de/8/766/1/28013803707350552913.pdf>

etwas hingewiesen hat, was aus meiner Sicht sehr wichtig ist: erstens, dass Deutschland durch die christlichen Wurzeln, durch die jüdischen Wurzeln geprägt ist, dass das unsere Geschichte ausmacht und, dass wir inzwischen natürlich Muslime in Deutschland haben.“¹²

„Muslime ‚haben‘ wir nicht erst ‚inzwischen‘ in Deutschland, sondern spätestens, seit sie als so genannte Gastarbeiter in die Bundesrepublik geholt wurden und blieben.

Ob, und wenn ja, inwieweit der Islam zu Deutschland gehört, ist nichts weiter als eine Scheindiskussion, mit der ständig Wasser auf die Mühlen derer geleitet wird, die vordergründig eine Religion, in Wirklichkeit jedoch Menschen muslimischen Glaubens für nicht dazugehörig befinden.

Die Kenntnis des Grundgesetzes aufzufrischen, könnte von Nutzen sein. Artikel 4, Absatz 1 und 2 lauten: ‚Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.‘ – statt zu spalten und Projektionen zu befeuern, die sich mittlerweile auch auf diejenigen richten, die vor dem Islam in unsere freiheitlich rechtsstaatliche Ordnung geflüchtet sind.

Der Kategorische Imperativ des Ja oder Nein der Zugehörigkeit ist verstörend und kontraproduktiv, denn es wird eine ganze Gruppe von Menschen, die in Deutschland lebt und arbeitet, als keine Selbstverständlichkeit betrachtet, als partikulär behandelt und automatisch ausgegrenzt.“¹³

MOBIT ist die Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechts-Extremismus, mit Sitz in Erfurt.

12 https://www.deutschlandfunk.de/der-islam-gehört-zu-deutschland-die-geschichte-eines-satzes.1783.de.html?dram:article_id=308619

13 Vgl. dazu den Beitrag bei Deutschlandfunk Kultur: Verstörende Scheindebatte. Gehört der Islam zu Deutschland oder nicht? von Susanne Schädlich in Politisches Feuilleton vom 24.05.2106, https://www.deutschlandfunkkultur.de/verstoerende-scheindebatte-gehört-der-islam-zu-deutschland.1005.de.html?dram:article_id=354970, letztmalig abgerufen am 31.07.2018

Stark und sicher im Gespräch mit Andersdenkenden

Aufruf zu mehr Zivilcourage

Anne Haertel

Wer hat das nicht schon erlebt? Ein Gespräch mit einem Andersdenkenden, Populisten oder Extremisten und man fühlt sich gegenüber den Aussagen unwohl, in seiner Meinung weniger wert und unsicher, wie man reagieren soll. In solchen Gesprächen sind ein paar Strategien gut, um sich sicherer zu fühlen und den Gesprächsverlauf mitzubestimmen.

Fragen

Die einfachste Strategie mit erstaunlicher Wirkung ist das konsequente Nachfragen nach den Ursachen der Meinung Ihres Gegenübers. Das eignet sich für das Zweier-, Dreiergespräch. Fragen wie: „Wie kommen Sie darauf?“, „Wie meinen Sie das?“, „Wo steht das geschrieben?“, „Woher wissen Sie das?“, „Wie viele waren das nochmal?“, „Haben Sie das schon einmal selbst erlebt?“, „Glauben Sie das wirklich?“ bringen den anderen ins Nachdenken und verlangen ihm Erklärungen und Hintergründe ab. Mit dieser Strategie vertiefen Sie das Gespräch, das heißt, Sie brauchen etwas Zeit.

Tonwechsel

Bei einer pauschalierten Negativgeschichte zum Beispiel verallgemeinernd über „die“ Flüchtlinge, ändert sich das Gespräch häufig dadurch,

dass man eine persönliche Positivgeschichte, am besten eine eigene Erfahrung daneben stellt, in neutralem Ton, ohne besserwisserisch zu klingen. Man beginnt zum Beispiel mit „Das klingt ja nicht gut, was Sie da sagen, aber wissen Sie, was mir neulich passiert ist? Ich war im Einkaufszentrum. Da war eine Frau gestürzt. Viele gingen vorbei. Die ersten, die hinsprangen, ihr zu helfen, waren zwei schwarze Männer. Man kann nicht alle über einen Kamm scheeren.“ Häufig verändert sich mit Ihrer offenen gelegten Sichtweise das Gespräch. Ihr Gegenüber hat gemerkt, dass das negative, verallgemeinernde Reden bei Ihnen nicht zieht.

Erkennen versteckter Botschaften

Hinter abwertenden, rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Botschaften verstecken sich häufig Gefühle und reale Probleme, die von Frust, Ohnmacht oder Unzufriedenheit geprägt sind. Über das Abwerten von Anderen versucht sich das Gegenüber selbst aufzuwerten. Man kann diese Gefühle ansprechen und lenkt so das Thema in eine andere Richtung. Zum Beispiel „Ich merke, Sie sind sehr frustriert. Wie kommt das?“ oder: „Sie sind so verärgert über ‚die da oben‘? Was haben sie Ihnen angetan? Was hat Sie so geärgert? Wer?“

Emotional reagieren

Wenn einem vor Betroffenheit und Ent-rüstung der Kloß im Halse steckt, man das Gemecker und Gehetze nicht mehr hören kann und das Gefühl hat, man muss etwas tun oder raus aus der Si-tuation kommen, dann machen Sie Ihrem Herzen Luft! Das ist Ihr gutes Recht. Und machen Sie es öffentlich. Sagen Sie laut: „Das finde ich wirklich furchtbar, wie Sie hier reden! Dieses Gehetze regt mich auf! Ich will mir die-sen Rassismus nicht länger anhören!“ Sie können sich distanzieren, indem Sie von ihrem Stuhl aufstehen, sich laut äußern und sich wegsetzen. Spre-chen Sie immer in Ich-Form und grei-fen Sie andere Personen nicht persön-lich an.

Ich habe auch schon mal in einer schlecht moderierten Podiumsdiskus-sion, die von rechtspopulistischen Re-debeiträgen aus dem Publikum do-miniert wurde, als es mir so richtig reichte, laut gerufen: „Aufhören! Das kann man sich ja nicht anhören! Auf-hören!“. Der Effekt war: Es entstand eine kurze Irritation. Die Aufmerksam-keit wechselte vom monologisierenden Redner zu mir. Die Moderation wur-de plötzlich ihrer Rolle wieder gewahr und ein bisher stilles, nicht-rechtspo-pulistisches Publikum begann im An-schluss, sich durch Klatschen zu äu-ßern und bei Statements, die sich von populistischen Denk- und Verhaltens-weisen distanzierten, zu applaudieren. Und mir ist weiter nichts passiert.

Argumentieren

Eine andere Strategie ist, in das Ge-spräch Sachargumente einzubringen, Hintergründe zu erklären, Falschin-formationen zu korrigieren und Wider-

sprüche aufzuzeigen. Hierzu gehören zum Beispiel

- » der tatsächliche (geringe) Anteil der Ausländer an der Bevölkerung des Bundeslandes,
- » der Gewinn der Kinder und Famili-en in kleinen Kommunen zum Erhalt von Kindergärten und Schulen,
- » die (nicht wirklich vorhandene) tat-sächliche persönliche Benachteiligung durch die geflüchteten Men-schen,
- » die Einsicht, dass man vor Krieg nicht gefeit ist und man selbst auch froh wäre, wenn man Hilfe erhält.

Argumente sollten nicht zu massiv ein-gebracht werden, da es häufig dazu kommt, dass sich das Gegenüber der Diskussion nicht mehr gewachsen fühlt und es an neuem Wissen gene-rell kein Interesse hat. Dennoch sollten Daten, Fakten und Argumente immer mal wieder verwendet werden, weil sie am ehesten erinnert werden und zum Nachdenken anregen können.

Distanzieren und Grenzen setzen

Eine andere Strategie ist es, sich öffent-lich von einer Äußerung zu distanzie-ren und bewusst eine weiter aufkom-mende Diskussion über diese Sache zu unterbinden. Damit setzt man eine Grenze, was wie im gegebenen Rahmen gesagt werden kann und was nicht. Man sendet vor allem an das Publikum ein wichtiges Signal im Hinblick auf die Verantwortung, die man als Veran-stalter, Leiter o.a. anderen gegenüber sieht. In der Praxis wendet man die-ses Vorgehen bei extremistischen, ver-fassungsfeindlichen, ausgrenzenden und diffamierenden Äußerungen an, dem im gegebenen Rahmen kein Raum

gelassen werden darf. Zum Beispiel: „Ich distanzieren mich von Ihrer Position/von dieser Äußerung, die ich/wir auch in diesem Rahmen nicht weiter diskutieren möchten/können.“ Gehen Sie hinterher auf die Person noch einmal zu. Bringen Sie in Erfahrung, wer sie ist und erläutern Sie sachlich ohne Rechtfertigung, warum Sie die Diskussion unterbunden haben und wo Ihre Grenze ist.

Anne Haertel ist Dipl. Sozialpädagogin und Sozialmanagerin (MA). Bis Juni 2018 war sie Referentin der Netzwerkestelle Evangelische Jugendbildung und zuständig für Jugendpolitik in Sachsen-Anhalt. Seit Juli 2018 ist Geschäftsführerin des Alte Feuerwache e.V., Berlin-Kreuzberg.

Zivilcourage ist ...

*„eine Form der Tapferkeit, aber kein neues Heldentum. Wenn man Tapferkeit auf sittliche Werte bezogen definiert, dann handelt es sich bei Tapferkeit um eine Tugend der Seele, die Tapferkeit des Herzens.“
(Irving Fetscher)*

*„Bürgermut bringt mehr Demokratie in die Gesellschaft. Er setzt Verantwortungsbereitschaft an die Stelle bloßer Pflichterfüllung. Mit zivilem Mut verteidigen Bürgerinnen und Bürger das Grundrecht ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘.“
(Kurt Singer)*

Merkposten für den öffentlichen Diskurs unter Beteiligung einer Kirchengemeinde

AG Kirche und Rechtsextremismus

Wo öffentliche Diskussionen zu rechtspopulistischen Themen bzw. unter Beteiligung von Rechtspopulisten in Räumen der Kirchengemeinde stattfinden und/oder Vertreterinnen und Vertreter der Kirchengemeinde für die Moderation derartiger Gesprächsrunden angefragt sind, ist es hilfreich, diese Merkposten zu berücksichtigen:

- » Die öffentliche Debatte mit Rechtspopulisten zu führen, ist wichtig. Sie sollte aber mit Vorbereitung, festen Absprachen und klaren Grenzen geführt werden. Das Ziel kann dabei sein, das unentschlossene oder menschenrechtsorientierte Publikum zu erreichen und dabei eigene Ideen stark zu machen. So bleiben rechtspopulistische Positionen nicht für sich stehen.
- » Ist eine aufgeregte Debatte zu erwarten, sollten zu Beginn Diskussionsregeln benannt werden und im Verlauf durch eine Moderation auf deren Einhaltung geachtet werden. Klare Rahmenbedingungen und Vorabsprachen mit Kollegen helfen, aktiv zu werden, wenn Besucher/Gruppen durch rechtsextremistische, fremdenfeindliche Ansichten die Stimmung/die Diskussion verschlechtern oder bestimmen.
- » „Herr im eigenen Haus“ sein, dazu gehören:
 - eine Begrüßung am Eingang sowie Teilnehmerlisten als wichtige Mittel, um wahrzunehmen, wer teilnimmt,

- wer bekannt /unbekannt ist, wer bereichernd oder störend auftreten könnte
- sich vorher deutlich machen und absprechen, was geht wesentlich zu weit: verfassungsfeindliche Äußerungen, verbale/körperliche Angriffe, Sachbeschädigungen, Wortergreifungen durch lange Monologe etc.
- sich der eigenen Rolle als Hausherrin bewusst sein und bei erheblichen Verstößen das Hausrecht ausüben, wenn nicht anders möglich, dann mit der Polizei durchsetzen
- » Mit Personen, die offen nationalsozialistische Ideologien verbreiten oder bekanntermaßen Neonazis sind, ist gelingende, demokratische Diskussion nicht möglich. Mit solchen Personen sollte keine gemeinsame Veranstaltung wahrgenommen werden, unabhängig ob sie in der AfD oder der NPD Mitglied sind. Das ist keine undemokratische Ausgrenzung, sondern Basis für eine demokratische Debatte. Die Absage einer Veranstaltungsteilnahme aus solchen inhaltlichen Gründen sollte öffentlich erklärt werden.

Die AG Kirche und Rechtsextremismus der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland bietet eine Plattform zum thematischen Austausch und zur Vernetzung.

Diskussionsregeln:

- » ein konstruktives Diskussionsklima in Rückbindung an Thema/Ziel
- » Anerkennung einer klaren Gesprächsführung durch Moderatorin/Moderator
- » Beiträge werden sachlich geäußert
- » wer das Wort bekommt, kann ausreden
- » einseitige Debatte vermeiden, indem alle zu Wort kommen können

Die Grundregel ist, die Kontrolle über die Diskussion nicht den Rechtspopulisten zu überlassen!

Die Moderatorin/ der Moderator ...

- » erbittet Namen der Redenden vor Fragen und Statements
- » lässt eigene Meinung außen vor
- » achtet auf Einhalten der Regeln
- » bewertet Beiträge nicht
- » wertschätzt den Mut zur Meinungsäußerung
- » führt Diskussion bei emotionaler Aufregung zur Sachlichkeit zurück

Mit Populisten diskutieren?

Erfahrungen im Umgang mit Diskussionsveranstaltungen. Eine Pro- und Kontra-Debatte

Frank Hiddemann und Christhard Wagner

Seit Frühjahr 2018 hat sich eine Veranstaltungsreihe der Ökumenischen Akademie Gera mit den Politikfeldern der AfD auseinandergesetzt. In einem moderierten Streitgespräch diskutierten je ein Vertreter bzw. eine Vertreterin der AfD mit Vertretern der SPD, CDU bzw. der LINKEN. Ein ausgewiesener Experte führte jeweils ins Thema ein: Migration, Nationalismus, Innere Sicherheit, Familie, Medien, Religion, Geschichtsdeutung. Er unterzog auch die Aussagen der Anwesenden einer Fakten-Prüfung. Die umstrittene Veranstaltungsreihe wurde organisiert und moderiert von Dr. Frank Hiddemann, Pfarrer und Leiter der Ökumenischen Akademie Gera.

Christhard Wagner, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen, hat jahrelang Erfahrungen mit rechtsgerichteter Kommunikation gesammelt und engagiert sich gegen rechtspopulistische und fremdenfeindlichen Haltungen und Handlungen.

Beide beantworten pro und kontra Fragen zum Umgang mit Rechtspopulisten.

1. Frank Hiddemann, sollten wir als Kirche mit Rechtspopulisten reden – ihnen gar ein Podium bieten?

Hier in Gera gibt es 50 % Nichtwähler, und von den Wählern haben 30 % ihr Kreuz bei der AfD gemacht. Wir müs-

sen zur Kenntnis nehmen, dass das demokratische System, wie wir es kennen und wie es bisher fraglos funktioniert hat, nur noch von einer Minderheit bewusst getragen wird. Es gab offenbar eine schleichende Massenauswanderung aus der Berliner Demokratie. Populisten sind Politikverdrossene, die sich politisiert haben. Insofern sind sie auf dem Weg zurück in die Gesellschaft. Wenn unser demokratisches System eine Überlebenschance haben soll, müssen wir sie überzeugen, dass Demokratie als Verfahren – gerade in komplizierten gesellschaftlichen Verhältnissen – sinnvoll ist. Das ist schwer, denn ihre Strategie ist die Vereinfachung. Ich sehe aber keine Alternative.

Aber wenn ich ganz ehrlich antworten soll: Im Grunde verstehe ich die Frage nicht. Wie können wir den Rechtspopulismus eindämmen, ohne eine Auseinandersetzung zu führen? Wenn wir uns einig sind, dass gewaltsame Lösungen ausscheiden und auch darin, dass Schweigen in politischen Dingen noch nie eine gute Lösung war, dann müssen wir nach den Regeln unserer Demokratie das öffentliche Gespräch führen. Nur mit den Methoden der Demokratie erreichen wir ihre Verächter, ohne selbst die verzerrten Züge anzunehmen. Und wir als Kirche sind der dritte Ort, wo die Regeln der Fairness – das ist meine Erfahrung in Gera – noch

selbstverständliche Geltung haben und sich die Kontrahenten treffen, ohne die Sprache des Hasses zu sprechen, die in den Sozialen Netzen dominiert.

2. Was kann Kommunikation bewirken bei Menschen, deren Überzeugungen vermutlich feststehen und die argumentativ schwer zu erreichen sind?

AfDler sind Menschen wie wir. Sie sind empfindlich wie wir. Sie haben ihre Lebensgeschichte wie wir. Sie haben ihre Verletzungen wie wir. Sie sind genauso schwer zu erreichen wie wir. Sie sind in unseren Gemeinden, weil sie Werte suchen. Sie haben unsere Gemeinde verlassen, weil sie sie nicht gefunden haben. Wir können froh sein über jeden, der nicht aufhört, uns zu provozieren. Ich warne davor, so zu tun, als seien wir die Normalen und sie die Abweichungen, wie es in Ihrer Frage anklingt. Wir sind nicht die Lehrer, und sie sind nicht die Zöglinge. Wir erreichen die Menschen nur auf Augenhöhe. Wie selten sind die Momente, in denen wir selbst offen für Veränderungen sind! So ist es auch auf der anderen Seite.

3. Welche Strategien sind in den Kirchengemeinden im Umgang mit Rechtspopulismus brauchbar, welche funktionieren nicht?

Ich bevorzuge indirekte Strategien. Es wäre gut, wenn die Kirchengemeinden selbst in der Demokratie ankämen. Zu viele Fürbitten sind noch so formuliert, als müsse ein mächtiger Mann kommen und das Richtige wollen. Die

Einsicht, dass sich gute Absichten im politischen Prozess ins Gegenteil verkehren können, sollte Standard werden. Geistliche müssen aufhören, die richtige Gesinnung positiv zu sanktionieren. Lokale politische Probleme sollten für das ganze Viertel im Gemeindehaus diskutiert werden. Der Seniorenkreis fragt den jungen Dezernten vom Fachdienst Stadtgrün, warum er auf dem Friedhof Bäume fällen ließ. Der Dezernt vom Umweltamt wird gefragt, warum der Wald nicht mehr aufgeräumt und die Zuwegung zum Waldkreuz nicht mehr freigehalten wird. Die Demokratie wird als Prozess und Methode und Beteiligungsform vorgestellt, und es ist möglich, sich in der Gemeinde wohl zu fühlen, auch wenn man nicht die politische Meinung der Pfarrerin teilt. Der Rest kommt von allein.

1. Christhard Wagner, sollten wir mit Rechtspopulisten reden?

Unbedingt! Am Arbeitsplatz. Am Küchentisch. In der Kirchengemeinde. Rechtspopulisten eine Bühne bieten? Ihnen öffentlich Aufmerksamkeit verschaffen, Seriosität und Legitimation? Nein, Nein und nochmals Nein!

Wir bieten Feinden der Demokratie keine Bühne. Wer die Demokratie und deren Vertreter verächtlich macht, die liberale Demokratie abschaffen will, menschenfeindliche und rassistische Positionen vertritt, hat den demokratischen Diskursraum verlassen. Auch wer sich nicht klipp und klar von menschenfeindlichen und rassistischen Positionen seiner Parteifreunde ab-

grenzt, sollte kein Podium bekommen. Denn das Türöffner-Spiel ist durchschaubar. Der angeblich „Gemäßigte“ soll signalisieren: Da sind doch auch einige Vernünftige darunter, mit denen kann man doch reden. Wir halten die Meinungsfreiheit hoch. Doch wir sind nicht naiv. Feinde der Demokratie haben kein Recht auf jedes Mikrofon oder jede Bühne.

Wer im Übrigen meint, auf derartigen Podien Rechtspopulisten entzaubern zu können oder zu einem vernünftigen Austausch von Argumenten zu kommen, täuscht sich. Das Ziel der „Wortergreifungsstrategen“ ist nicht der Diskurs. Es heißt Propaganda. Völlig unabhängig von der Frage oder dem Argument des Gegenübers haben die oft rhetorisch geschulten Agitatoren nur ein Ziel: ihre demokratieverachtenden und menschenfeindlichen Botschaften unter die Leute zu bringen. Selbst wenn wir dabei überzeugend dagegenhalten, bedienen wir deren Strategie. Denn auch negative Aufmerksamkeit stärkt ihre Position.

Elisabeth Wehling von der Berkeley University in Kalifornien sagt es so:

„Wenn wir Ideen wiederholen, propagieren wir sie in den Köpfen der Menschen, ob wir es wollen oder nicht. Selbst wenn wir ‚dagegen‘ sind. Das Negieren von Ideen stärkt sie – denken Sie nicht an den rosaroten Elefanten!“

Wir sollten es den Verächtern der Demokratie so schwer wie möglich machen. Die Klarheit, die zur Nächstenliebe gehört, verlangt deshalb: Keine kirchliche Bühne für Rechtspopulisten!

2. Was kann Kommunikation bewirken bei Menschen, deren Überzeugungen vermutlich feststehen und

die argumentativ schwer zu erreichen sind?

Wie kann das sein? Herr Z., der sonst so freundliche Herr, hat sich offensichtlich rechtspopulistisch angesteckt. So etwas erleben wir – ob in der Familie oder Kirchgemeinde oder anderwärts. Hier lohnt sich unser ganzer Einsatz. Hier dürfen wir nicht kneifen, das Thema übergehen, fremdschämend schweigen, denn auf der Beziehungsebene steigen die Chancen, wirklich miteinander zu kommunizieren.

Wir hören zu. Was sind die Gründe deiner Unzufriedenheit? In derartigen Gesprächen ist Haltung wichtig. Dabei zeige ich mich, in dem ich z.B. sage: „Ich verstehe, was du meinst. Aber es entspricht nicht meinem Menschenbild. Für mich ist jeder Mensch ein Geschöpf Gottes – mit gleichem Wert und gleicher Würde.“

Wir können die positiven Ansätze unseres Gesprächspartners stärken, ihm unsere Überzeugung als Mantel hinhalten, in den er hineinschlüpfen kann. Auf diese Weise können wir mehr erreichen als auf offener Bühne dem Kontrahenten die Wahrheit mit dem Scheuerlappen um die Ohren zu hauen.

3. Welche Strategien sind in den Kirchengemeinden im Umgang mit Rechtspopulismus brauchbar, welche funktionieren nicht?

Bemühen wir uns um ein menschenfreundliches, tolerantes, angstfreies Klima in unserer Gemeinde. Ob im Gottesdienst, Gemeindefest, Kirchenblättchen, Schaukasten, Gemeindeveranstaltungen, Gemeindepädagogik, Seelsorge: Überall können wir für ein gutes Klima sorgen: mit Nächstenliebe,

mit Klarheit, mit Gottvertrauen, mit Bildung. Neben Einzelgesprächen halte ich unsere üblichen Gemeindeveranstaltungsformate mit Gruppen, die nicht mehr als 20 Personen umfassen, für gut geeignet.

Thematisch sollten wir uns hüten, über alle Stöckchen, die uns hingehalten werden, zu springen. Es gibt so viele wichtige Fragen, die uns berühren. Wenn wir uns jedoch mit Themen wie Islam, Migration, Kriminalität beschäftigen, brauchen wir dazu Fachleute,

nicht Funktionäre. Wir können uns dabei verschiedene Parteiprogramme, Strategiepapiere, Veröffentlichungen anschauen, ausgewogen und fair informieren. Ohne Zorn und Eifer diskutieren. Die Bibel befragen. Ihre tröstenden, Mut machenden und Vertrauen in das Leben vermittelnde Geschichten selbst ausprobieren. Den neuen Wegen vertrauen. Für der Stadt Bestes beten. Das genügt.

Die Interviews führte Jürgen Reifarth.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Die extrem rechte Szene und ihre Symbolsprache

MOBIT Thüringen

Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel – oft werden diese Klischees über das Auftreten von Neonazis noch als aktuelle Erscheinungen verkauft. Dabei hat sich die extrem rechte Subkultur in den vergangenen 20 Jahren längst von diesem aus den 1980er- und 90er-Jahren stammenden Stil entfernt und sich weiter ausdifferenziert. Besonders mit der Entstehung des Rechtsrock in den 1980er-Jahren entwickelte sich auch in Deutschland eine extrem rechte Jugendkultur. Diese war bis weit in die 1990er-Jahre vom Stil der neonazistischen Skinheads geprägt. Daneben gab es lediglich „völkische“ Kreise rund um Organisationen wie die „Wiking Jugend“ (WJ) oder die „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ), die Einfluss auf extrem rechte Jugendliche hatten.¹⁴ Mit dem Übergang rund um die Jahrtausendwende änderte sich dies maßgeblich. Extrem rechte Jugendkulturen orientierten sich zunehmend an ihnen entgegenstehenden Strömungen wie der radikalen Linken, HipHop oder der amerikanischen Popkultur. Dies führte zumindest zu einer Veränderung der äußerlichen Erscheinungsformen. An der menschenverachtenden Ideologie änderte sich hingegen nichts.

Eines der ersten größeren wahrnehmbaren Phänomene dieser Entwicklung

¹⁴ <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/255988/jugendkulturen-im-wandel>

war die Entstehung der „Autonomen Nationalisten“. Junge Neonazis, die sich am Stil des radikal linken „Schwarzen Blockes“ orientierten und mit schwarzem Windbreaker, Cap, Sonnenbrille und Turnschuhen auftraten. Auf einigen Demonstrationen in den beginnenden 2000er-Jahren traten junge Neonazis dann erstmals als „Schwarzer Block“ in Erscheinung. Der Zenit dieser Strömung war aber 2010 überschritten. Erst in den Jahren 2015 bis 2017 waren mit dem Auftreten der „Antikapitalistischen Kollektive“ wieder Gruppen aktiv, die durch einen ähnlichen Kleidungs- und Organisationsstil auffielen und bei Demonstrationen wieder einen „Schwarzen Block“ bildeten. Die hohe Militanz dieser auch in Thüringen verankerten Strömungen zeigte sich insbesondere sowohl bei einer 1. Mai-Demonstration 2015 in Saalfeld als auch 2016 in Plauen. Hier kam es bei beiden Veranstaltungen nicht nur zu schweren Übergriffen auf Gegendemonstranten, sondern auch zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die sowohl Tränengas als auch Wasserwerfer einsetzen musste. Nach internen Szene-Streitigkeiten nahm die Präsenz der „Antikapitalistischen Kollektive“ bei Demonstrationen seit 2017 wieder deutlich ab.

Neben der Modernisierung des Kleidungs- und Organisationsstils kam es mit den 2000er-Jahren beispielsweise auch zur Öffnung der Szene für die

HipHop-Subkultur: Neonazi-Rapper und die Nutzung von Graffiti gehören heute zum Standard-Repertoire der extrem rechten Neonazi-Szene. Auch in Thüringen ist mit „Mic Revolt“ ein bundesweit agierender Neonazi-Aktivist als Rapper aktiv. Auf seinem 2017 erschienen Album „Antidemokrat“ rappt Zeise: „Heil Deutschland dir im Siegerkranz, mein Deutschland du sollst leben [...] Dein Volk ist alles, du bist nichts, hast Leben uns gegeben. Zum Dank dafür zum Treueschwur die Hand zum Gruße heben“. Der Bruch zwischen einem Anschluss an moderne Jugendkulturen und den klassischen Neonazi-Inhalten wird hier deutlich: Trotz der Nutzung von Rap als Ausdruckssprache, ideologischem Transportmittel und Camouflage ist die Präsenz nationalsozialistischer Ideologie ungebrochen.

Neben der Entwicklung der klassischen Neonazi-Szene, und dennoch in Verbindung zu ihr, entstand in Deutschland seit 2014 die „Identitäre Bewegung“. Ein beträchtlicher Teil ihres Personals entstammt der klassischen Neonazi-Szene wie auch der „Heimattreuen Deutschen Jugend“.¹⁵ Die „Identitäre Bewegung“ wird der „Neuen Rechten“ zugeordnet, einer Strömung der extremen Rechten, welche seit den 1970er-Jahren in Deutschland aktiv ist, sich aber nicht auf den

historischen Nationalsozialismus bezieht, sondern auf die antidemokratischen und „völkischen“ Theoretiker der 1920er-Jahre.¹⁶ Der Historiker Volker Weiß kommt in seiner tiefgehenden Analyse zur „Neuen Rechten“ zu einem eindeutigen Urteil. Für Weiß ist klar, dass die Neue Rechte „das Erbe des Faschismus zumindest in großen Teilen angetreten hat.“¹⁷ Die „Identitäre Bewegung“ ist – wenn man so möchte – die Jugendorganisation der „Neuen Rechten“, die ihre chauvinistischen und rassistischen Ideologiefragmente (nach eigenen Angaben zu „100 % identitär – 0 % rassistisch“) gerne mit Heimattümelei und Ethnopluralismus kaschiert.

Als Symbol verwenden die „Identitären“ den griechischen Buchstaben Lambda, der angeblich die Schilder der Soldaten Spartas geziert haben soll und besonders Ende der 1990er-Jahre durch Frank Millers Graphic Novel „300“ und deren spätere Verfilmung populär wurde. Die Nutzung des Symbols geht einher mit einer Selbstinszenierung im Stile der spartanischen Soldaten, die 480 v. Chr. die „Multi-Kulti“-Armee des König Xerxes am Thermophylen-Pass zeitweise aufgehalten haben sollen.¹⁸ Gemäß dem historischen Mythos inszeniert sich die „Identitäre Bewegung“ heute als Protagonistin im vermeintlichen Verteidigungskampf Europas ge-

15 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/identitaere-bewegung-rechtsextremismus-neonazis-mitglieder>, DIE ZEIT: Identitäre Bewegung: Die Scheinriesen, 26. April 2017

16 <http://www.bpb.de/apuz/257660/neue-rechte-und-ideologische-traditionen?p=all>

17 ebenda

18 Vgl.: Volker Weiß (2017): Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 106ff.

gen die „ungebremste Masseneinwanderung und die daraus resultierende Islamisierung“ und insbesondere auch gegen die regierenden Politikerinnen und Politiker, die die kulturelle Identität Europas nicht ausreichend schützen. Dies wird, verbal oder motivhaft, mit entsprechend markigen Botschaften ausgedrückt, die Versatzstücke ihrer Ideologie widerspiegeln: „European Spirit – defending the homeland since 500 BC“, „Fortress Europe – my home is my castle“ oder „Stoppt den Großen Austausch!“ lauten u.a. ihre Parolen. Dabei versucht die „Identitäre Bewegung“ vor allem durch modern inszenierte Auftritte (z.B. die kurzzeiti-

ge Besetzung des Brandenburger Tores mit großem Banner „Festung Europa. Grenzen schützen! Leben retten!“) und über die Präsenz und Berichterstattung in sozialen Netzwerken maximale Aufmerksamkeit zu erregen und so ihre Bilder und Botschaft(en) zu verbreiten. Die Bildsprache, die Symbolik, die popkulturellen Anleihen sind Teil einer konsequenten zielgruppengerechten Ansprache. Ziel ist das Erreichen einer ideologischen Dominanz oder kürzer: die Vorherrschaft in den Köpfen.

MOBIT ist die Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechts-Extremismus, mit Sitz in Erfurt.

Umfassende Informationen in Wort und Bild zur Symbolsprache der Szene findet sich hier: „Das Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von Neonazis und extrem Rechten“, unter: <https://dasversteckspiel.de>
Die Informationen werden auch regelmäßig als Broschüre publiziert.

Umgang mit rechtsextremem Verhalten von Haupt- und Ehrenamtlichen

Christian Vollbrecht und Andreas Haerter

Dienstgemeinschaft und Loyalität

Der Dienst in der Kirche ist weit mehr als einfach nur ein Arbeitsverhältnis. Durch die Verbindung aller kirchlichen Mitarbeitenden in einer Dienstgemeinschaft sind alle Teil des kirchlichen Auftrages und haben an der Erfüllung – jeder an seinem Platz – ihren Beitrag zu leisten. Diese Besonderheit rechtfertigt es, dass den kirchlichen Mitarbeitenden nicht nur im dienstlichen Bereich sondern auch außerdienstlich Verpflichtungen im Hinblick auf die Loyalität gegenüber ihrem Arbeitgeber Kirche durchaus abverlangt werden können.

Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind neben den Pfarrerinnen und Pfarrern und anderen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Gesicht der Kirchengemeinde in der Öffentlichkeit. Sie sind Bestandteil der Dienstgemeinschaft aller Mitarbeitenden in der Kirchengemeinde und somit auch Teil des kirchlichen Auftrages. Sie haben Anteil an dessen Erfüllung. Deshalb stellt sich die Frage der Loyalität zur Kirchengemeinde auch für Ehrenamtliche.

Das Verhalten sowohl der haupt- als auch der ehrenamtlichen Mitarbeitenden darf nicht im offenen Widerspruch zu den christlichen Werten stehen und das Ansehen der Kirche als Institution in der Öffentlichkeit beschädigen.

Hauptamtlich Mitarbeitende

Vor diesem Hintergrund haben eventuelle rechtsextreme Aktivitäten kirchlicher Mitarbeitender eine besondere Bedeutung, da diese grundsätzlich geeignet sein können, das Vertrauensverhältnis zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer in erheblichem Maße zu beeinträchtigen. Dies kann unter gewissen Umständen sogar arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses zur Folge haben.

Sollten Verhaltensweisen kirchlicher Mitarbeitender bekannt werden, die den Schluss zulassen, dass diese sich in rechtsextremen Organisationen oder an Veranstaltungen öffentlich beteiligen, besteht auf jeden Fall Handlungsbedarf, da ein solches Verhalten, ob dienstlich oder außerdienstlich, im Widerspruch zu den Werten der EKM steht. Beim Auftreten derartiger Vorfälle ist dringend die Inanspruchnahme der Beratung durch die personalführenden Stellen im Kreiskirchenamt oder im Landeskirchenamt geboten, damit geeignete rechtliche Schritte eingeleitet werden können, die der Situation und dem Verstoß angemessen sind.

Selbstverständlich hat nicht jede Meinungsäußerung oder politische Positionierung gleich arbeitsrechtliche Konsequenzen. Vielmehr bedarf es einer Auswirkung dieses Verhaltens auf das Arbeitsverhältnis und das Ansehen der

Kirche. Je nach Intensität der festgestellten Vorfälle müssen dann geeignete Maßnahmen getroffen werden. Diese können von einem klärenden Gespräch über eine arbeitsrechtliche Abmahnung bis hin zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses gehen, müssen aber mit den entsprechenden Stellen gut abgestimmt werden, da hier erhebliche prozessuale Risiken bestehen können.

Erste Ansprechstelle für derartige Fallgestaltungen sind zunächst immer die Kirchenkreise und weiterführend das Referat Arbeitsrecht im Landeskirchenamt.

Ehrenamtlich Mitarbeitende

Genauso stellt sich die Frage, wie mit Ehrenamtlichen umzugehen ist, die rechtsextremistisches Gedankengut äußern und vielleicht sogar in entsprechenden Organisationen mitarbeiten. An erster Stelle stehen die Aufforderung zum Gespräch und die Auseinandersetzung mit den Positionen des ehrenamtlich Mitarbeitenden. Gelangt der Gemeindeglieder zum der Überzeugung, dass durch das öffentliche Auftreten der/des Ehrenamtlichen das Ansehen der Kirche beschädigt wird, sind folgende Reaktionen denkbar:

- » Der Gemeindegliederkirchenrat beauftragt nach Artikel 24 Absatz 3 Nummer 5 Gemeindeglieder als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Gemeindegliederkirchenrat kann diesen Auftrag auch wieder beenden.
- » Bezüglich der Mitglieder im Gemeindegliederkirchenrat gilt Artikel 29 Absatz 2. Danach kann der Kreiskirchenrat Kirchenältesten eine Ermahnung erteilen oder in schweren Fällen das Mandat entziehen wenn diese Pflichtversäumnisse begangen haben oder

ein unwürdiges Verhalten zeigen. Hinweise zur Beurteilung, ob ein solcher Fall vorliegt, finden sich im Gemeindegliederkirchenratsgesetz §6 Absatz 2. Dort heißt es in Satz 2: „Wählbar ist nicht, wer seine Pflichten als Gemeindeglied erheblich verletzt, sich kirchenfeindlich betätigt oder sich im Widerspruch zur Heiligen Schrift, dem christlichen Glauben oder der Kirche verhält.“ In den Ausführungsbestimmungen wird dann weiter ausgeführt: „Als kirchenfeindlich gilt unter anderem die Tätigkeit in Organisationen, die verfassungsfeindliche, extremistische, antisemitische oder fremdenfeindliche Positionen vertreten.“

Sollte der Gemeindegliederkirchenrat zu der Überzeugung kommen, dass ein solcher Fall vorliegt, würde er sich an den Kreiskirchenrat wenden. Diesem steht die Entscheidung nach Artikel 39 Absatz 2 dann zu. Er wird vor einer Entscheidung sowohl den Gemeindegliederkirchenrat als auch das betroffene Mitglied anhören. Gegen die Entscheidung des Kreiskirchenrates ist Beschwerde beim Landeskirchenamt zulässig.

Wenn Fragen zum Thema Rechtsextremismus und ehrenamtliche Mitarbeit in der Kirchengemeinde auftauchen, ist die Superintendentin bzw. der Superintendent des Kirchenkreises die richtige Ansprechperson.

Kirchenrechtsrat Christian Vollbrecht leitet das Referat Arbeitsrecht (P1) im Landeskirchenamt der EKM.

Oberkonsistorialrat Andreas Haerter leitet das Referat Gemeinderecht und Kirchenmusik (G1) im Landeskirchenamt der EKM.

Einem geschenkten Gaul guckt man nicht ins Maul?

Hinweise für kirchliche Einrichtungen zum Umgang mit Spenden und Schenkungen aus dem rechtsextremen Umfeld

AG Kirche und Rechtsextremismus

Zur Finanzierung besonderer Projekte oder zur Hilfe in Notsituationen sind unsere kirchlichen Einrichtungen auf externe Zuwendungen angewiesen – bürgerschaftliches Engagement wird begrüßt.

Gespendet wird allerdings nicht immer nur aus Mildtätigkeit oder Nächstenliebe, sondern die öffentlichkeitswirksame Übergabe kann auch der Aufpolierung des Images dienen. Problembehaftet ist das spätestens dann, wenn sich die Spenderinnen und Spender christlichen Werten und dem, wofür die evangelische Kirche steht, gerade nicht verpflichtet fühlen. Insbesondere Personen aus dem rechten Milieu nutzen Spendenaktionen, um patriotisch als „Kümmerner“ vor Ort aufzutreten und „gesellschaftsfähig“ zu werden.

Dies zeigt ein Vorfall in unserer Landeskirche: Nach einem Einbruch in einen evangelischen Kindergarten meldet sich ein lokaler Unternehmer und bietet finanzielle Unterstützung an. Eine Mitarbeiterin des Kindergartens nimmt die Spende spontan an. Die Übergabe wird auf einem offiziellen Foto festgehalten – im Hintergrund ist das Schild der Einrichtung zu sehen. Übersehen wird, dass es sich bei dem Spender um einen

NPD-Funktionär handelt. Das Foto wird auf NPD-nahen Seiten im Internet präsentiert, der Unternehmer als Patriot mit sozialem Engagement vorgezeigt.

Nach Hinweisen aus der Bevölkerung reagiert der Kirchenkreis sofort. Gemeinsam mit dem GKR wird entschieden, die Spende zurückzugeben. Über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der EKM gelingt es, eindeutig Abstand zur NPD zu kommunizieren und den Vorwurf zu entkräften, die EKM nähme Geld von der NPD. Die mediale Ausbreitung konnte verhindert werden. Aber hätte dieser Vorfall vermieden werden können?

Einem geschenkten Gaul guckt man doch ins Maul

Der Umgang mit Spenden ist steuerrechtlich und kirchenrechtlich grundsätzlich geregelt. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Spenden und deren Dokumentation ist selbstverständlich. Jenseits gesetzlicher Vorgaben kann es zu Situationen kommen, die dem Ansehen der Kirche schaden, das gesellschaftliche Miteinander vor Ort berühren und zu Konflikten führen. Die nachfolgenden Hinweise sollen helfen, eine klare Haltung einzunehmen und solche Situationen zu vermeiden.

1. Recherche nach der Ankündigung einer Spende – wer spendet?

- » Notieren Sie sich nach dem Anbieten einer Spende die Kontaktdaten.
- » Bei Ihnen unbekanntenen Personen recherchieren Sie vor einer öffentlichkeitswirksamen Übergabe, aus welchem Umfeld die Spende kommt.
- » Achten Sie bei Recherche und bei Ihrem Gegenüber auf rechtsextreme Symbole!
- » Es geht nicht darum, alle potentiellen Spenderinnen und Spender unter Generalverdacht zu stellen, aber Sie sollten sich in jedem Fall absichern.
- » Grundsätzlich sollte die Abwicklung von Spenden stets über die Einrichtungsleitung erfolgen und ggf. sollte auch der Träger der Einrichtung informiert werden.

2. Ablehnen der Spende

- » Nächstenliebe verlangt Klarheit – unsere Landeskirche distanziert sich eindeutig von demokratie-, religions- und menschenfeindlichen Ideologien.
- » Auch die Spendenannahme ist freiwillig und kann dementsprechend abgelehnt werden!
- » Falls die Spende aus dem rechtsextremen Umfeld kommt, sollte sie schriftlich abgelehnt werden. Damit ist die Dokumentation der Ablehnung gegeben. Dazu können Sie den nebenstehenden Formulierungsvorschlag verwenden.

3. Rückgabe einer Spende

- » Spenden sind Geschenke und dürfen zurückgegeben werden!
- » Sollte sich nachträglich herausstellen, dass die Spende werbewirksam genutzt wurde und aus einem Um-

feld kommt, in dem rechtsextremes Gedankengut vorherrscht, muss die Spende öffentlichkeitswirksam zurückgegeben werden.

- » Hier empfiehlt sich auch keine Zweckumwidmung der Spende beispielsweise für die Flüchtlingsarbeit! Der Abstand zum Spender muss in aller gebotenen Deutlichkeit kommuniziert werden.
- » Hat sich der Spender bereits präsentiert, nützt es nichts, den Vorfall unter den Teppich zu kehren. Vielmehr ist die Rückabwicklung ebenso öffentlich klar zu stellen.
- » Möglicherweise ergibt sich im Rahmen einer offenen und klaren Darstellung sogar eine Initiative zur alternativen Finanzierung.

4. Begleitende Krisenkommunikation

- » Es hat sich der folgende Kommunikationsweg bewährt:
- » Einbeziehung der Regionalbischöfin bzw. des Regionalbischofs und der Superintendentin bzw. des Superintendenten

Formulierungsvorschlag

„Sie haben unserer Einrichtung eine Spende angeboten. Wir stehen als Kirche für eine offene und demokratische Gesellschaft und die unantastbare Würde eines jeden Menschen.

Recherchen haben ergeben, dass Sie einer Gruppierung angehören, die rassistische und rechtsextreme Einstellungen vertritt. Wir nehmen Ihre Spende deshalb nicht an.“

- » Generell müssen sich der Träger, der GKR und Mitarbeitende auf Nachfragen einstellen und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort präsent sein!
- » Unterstützung durch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und den Social Media Koordinator der EKM suchen
- » ggf. Rückhalt durch Personen aus der Lokalpolitik holen
- » Kommunikation: Wer muss informiert werden und in welchem Umfang? Welche Plattformen und sozialen Netzwerke werden dafür genutzt?

Die AG Kirche und Rechtsextremismus der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland bietet eine Plattform zum thematischen Austausch und zur Vernetzung.

Kontaktdaten der EKM- Pressestelle:

Erfurt

Ralf-Uwe Beck
 Telefon: 0361 51800-141
 Mobil: 0172 7962982
 rubeck@t-online.de
 oder
 Susanne Sobko
 Telefon: 0361 51800-145
 Mobil: 0162 2048755
 susanne.sobko@ekmd.de

Magdeburg

Friedemann Kahl
 Telefon: 0391 5346-142
 Mobil: 0151 59128575
 friedemann.kahl@ekmd.de

Bezüglich der Verbreitung in Sozialen Netzwerken können Sie kontaktieren:

Social Media Koordinator der EKM

Dr. Karsten Kopjar
 Telefon: 0361 51800-148
 karsten.kopjar@ekmd.de

Häuser in rechter Hand

Immobilien als Stützpfeiler rechtsextremer Aktivitäten

MOBIT Thüringen

Im ländlichen Raum Mitteldeutschlands finden sich seit einigen Jahren bundesweit bekannte und genutzte Räumlichkeiten der extrem rechten Szene, unter anderem in Kloster Veßra und in Schnellroda. Der Gasthof „Goldener Löwe“ in dem kleinen Südthüringer Dorf ist ein wesentlicher überregionaler Vernetzungsort und Kristallisationspunkt mit Restaurantbetrieb, regelmäßigem Konzert- und Veranstaltungsprogramm für die Neonazi-Szene und einem Warenlager des angeschlossenen „druck18“-Versandes. Eine ähnliche Anziehungskraft auf die Protagonistinnen und Protagonisten der „Neuen Rechten“ hat das Rittergut in Schnellroda im anhaltinischen Saalekreis als Schulungszentrum, Verlagsstandort und Sitz der neurechten Denkfabrik „Institut für Staatspolitik (IFS)“. Solche Immobilien bilden für die extreme Rechte die notwendige Infrastruktur, damit politische Arbeit organisiert, Einnahmen durch Veranstaltungen und Gewerbe generiert und Ideologie transportiert und verbreitet werden kann. Darüber hinaus werden im Sinne des Wortes Geländegewinne sichtbar – dies kann eine Etablierung von lokalen Angsträumen zur Folge haben, die für bestimmte Personenkreise eine freie Meinungsäußerung einschränken oder gar deren körperliche Unversehrtheit beständig bedroht erscheinen lassen. Hierbei handelt es sich sowohl um Im-

mobilien, die sich entweder im Besitz von Neonazis befinden oder aber von ihnen regelmäßig und ohne Schwierigkeiten genutzt werden.

Die szeneeigenen Immobilien bieten einen Entfaltungsraum, in dem extrem rechte Parteien und Gruppierungen, Bands und sonstige einschlägige „Bewegungsunternehmer“ ungestört Parteitage, Bildungs- und Schulungsveranstaltungen, Rechtsrock-Konzerte, Brauchtumsfeste oder private Feiern veranstalten können. Während das offene Zurschaustellen der menschenverachtenden Ideologie in angemieteten (öffentlichen) Gebäuden bspw. durch Hausordnungen oder Mietverträge erschwert werden kann, ist dies bei szeneeigenen Räumlichkeiten nicht möglich. Hier können rassistische, antisemitische, nationalistische und demokratiefeindliche Haltungen und Botschaften nahezu unverhohlen in Musik, Schrift, Symbolik und verbalen Äußerungen ausgelebt werden. Beispielhaft sei hier statistisch angeführt: Im Jahr 2016 haben von insgesamt 54 Rechtsrock-Konzerten und Liederabenden, die in Thüringen veranstaltet wurden, 42 in szeneeigenen Immobilien stattgefunden. Darüber hinaus verfügen manche Immobilien über Lagerkapazitäten für extrem rechte Versandartikel und entwickeln sich zudem durch gastronomische Nutzung zu einer Einnahmequelle. Kurzum: Durch die viel-

fältigen Nutzungsmöglichkeiten können und haben sie sich durchaus als Dreh- und Angelpunkte der regionalen und überregionalen extrem rechten Szene entwickelt, etabliert und weisen mitunter gar eine Strahlkraft bis in europäische Nachbarländer auf.

Diesen Situationen und Gegebenheiten muss der städtische wie auch der ländliche Raum auch auf dem Gebiet der EKM offenen Auges begegnen, denn aktuelle Beispiele von rechten Raumgewinnen durch Erwerb oder geduldete Nutzung gibt es genügend.

Hier sind stellvertretend die Immobilien der Volksgemeinschaft e.V. am Erfurter Herrenberg als nationales Freizeit- und Stadtteilzentrum oder das Hausprojekt der „Identitären Bewegung“ in Halle – derzeit eines der wichtigsten Objekte der sogenannten „Neuen Rechten“ im deutschsprachigen Raum mit gewissem Modellcharakter¹⁹ – zu benennen.

MOBIT zählte im Sommer 2018 mindestens 18 Immobilien der extremen Rechten im Freistaat Thüringen. Fünf Jahre zuvor verfügte die Thüringer Neonaziszene nur über neun bekannte Objekte. In diesem relativ kurzen Zeitraum ist ein dynamischer Wandel und rasanter Anstieg der erworbenen und genutzten Immobilien in Thüringen festzustellen. Während in den letzten Jahren zwar einigen wenigen neonazistischen Besitzerinnen und Besitzern ihre Immobilien aufgrund gemeinsamer Anstrengungen von Politik, Ver-

waltung und Zivilgesellschaft entzogen werden konnten, sind andere Häuser und Räumlichkeiten schlichtweg nicht mehr genutzt worden. Gleichsam haben Neonazis eine Vielzahl neuer Immobilien erworben. All diese Entwicklungen machen eine Übersichtskarte mit rechten Häusern in Thüringen zu einem sich kontinuierlich wandelndem Bild, welches aber durchaus auch exemplarisch für eine zu Teilen bundesweite Entwicklung steht.

Dass es bereits mehr als einmal gelungen ist, Neonazis Gebäude verwaltungsrechtlich und eigentumsrechtlich streitig zu machen, muss als Erfolg gewertet werden. In diesen Fällen stellte das sogenannte Vorkaufsrecht der Kommunen eine vielversprechende Möglichkeit des Widerstandes dar, die genutzt und erfolgreich umgesetzt wurde. Dennoch kann die Ausübung des Vorkaufsrechts nur eine Option unter anderen sein. Die Anwendung dessen ersetzt nicht das gemeinsame Handeln von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Umgang mit rechten Immobilien und deren diversen Nutzungen.

Der Erwerb oder die regelmäßige Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte darf nicht tatenlos hingenommen werden, denn diese Häuser und Räumlichkeiten stellen einen der wichtigsten Stützpfeiler ihrer Aktivitäten und Strukturen dar. Solche Eigentümerinnen und Eigentümer oder Mietenden sind eben nicht die netten Nachbarn von nebenan, auch wenn sie sich oftmals bemühen, ein Image als „soziale Kümmerer“ aufzubauen. Immobilien der extremen Rechten dienen der Verbreitung einer menschenverachtenden Ideologie, der Organisation politischer

¹⁹ Vgl. Beitrag beim Deutschlandfunk vom 4.11.2017 von Christoph D. Richter: Rechtes Hausprojekt in Halle. AfD und Identitäre unter einem Dach – https://www.deutschlandfunk.de/rechtes-hausprojekt-in-halle-afd-und-identitaere-unter.1773.de.html?dram:article_id=399843, zuletzt abgerufen am 31.7.2018

Arbeit und der Finanzakquise für die Szene. Mit dem Wissen um diese Funktionen der Immobilien darf eine kritische (Zivil-)Gesellschaft nicht schweigen. Es gilt vielmehr, sich auch als Landeskirche wie auch als Kirchengemeinde mit dem Thema auseinanderzusetzen, Aktionen und Veranstaltungen zur Aufklärung und Sensibilisierung zu initiieren und gemeinsam mit Verantwortlichen in Politik und Verwaltung dafür zu sorgen, dass der Entfaltungsspielraum der extremen Rechten zumindest begrenzt wird. Dabei ist es wichtig und kann es

hilfreich sein, die Erfahrungen engagierter Personenkreise und Gruppen aus unterschiedlichen (Tätigkeits-)Bereichen zu nutzen.

Umfangreiche weitere Informationen zu der Thematik finden sich in der Broschüre „Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen“ (Erfurt, Dezember 2017).²⁰

MOBIT ist die Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, mit Sitz in Erfurt.

Wie kann verhindert werden, dass kirchliche Immobilien in rechte Hände geraten?

Frank Henschel

1. Beabsichtigt eine Kirchengemeinde die Abgabe eines Gebäudes, empfiehlt es sich unbedingt, so zeitig wie möglich das zuständige Kreiskirchenamt zu informieren. Die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht nur einfach dafür zuständig, sondern sie haben vor allem umfangreiche und teils langjährige Erfahrungen in allen damit zusammenhängenden Fragen (Rechtliches, Verfahrenswege, Vermarktungsmöglichkeiten, Beurteilung von Erwerbsinteressenten, Verhandlungsstrategien, Vertragsgestal-

tung), tauschen sich regelmäßig untereinander aus, bilden sich regelmäßig fort und haben häufig nützliche Kontakte zu den örtlichen Kommunalverwaltungen und Notariaten.

2. Bei ernsthaftem Kaufinteresse sollte eine für die Abgabe des Gebäudes verantwortliche Person der Kirchengemeinde mit der Erwerbsinteressentin oder dem Erwerbsinteressenten gemeinsam mit der zuständigen Mitarbeiterin bzw. dem zuständigen Mitarbeiter des Kreiskirchenamtes ein persönliches Gespräch führen. Im Rahmen dieses Gespräches muss zuerst die Besonderheit der kirchlichen Immobilie hervorgehoben werden (bedeutungsvolle, lange Geschichte für den Ort

²⁰ Printexemplar über die Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT) bestellen, als auch an folgender Stelle als pdf-Datei: https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20H%C3%A4usern%20sehen_2018.pdf

und die Kirchengemeinde, öffentliche Wahrnehmung, Lage im Ortszentrum nahe dem Kirchengebäude, etc.). Dies macht den Interessentinnen und Interessenten klar, dass den kirchlichen Gesprächsteilnehmerinnen und Gesprächsteilnehmern mehr als nur die Höhe des gebotenen Preises wichtig ist. Daran anknüpfend sollte mit den Interessentinnen und Interessenten über ihre Erwerbsabsicht, ihre Ziele, Pläne, Wünsche, familiären Verhältnisse, zu ihrer Herkunft, ihren Beziehungen zur örtlichen Gemeinschaft, zu Vereinen, zur Kirchengemeinde und zu ihrer Arbeit etc. gesprochen werden. Bei geschäftlichen Interessentinnen und Interessenten kommen Fragen zur Geschäftstätigkeit hinzu. Vor, während und nach dem Gespräch soll auf szenetypische Erkennungszeichen geachtet werden (z. B. bestimmte Bekleidungsmarken, Wort-/Buchstabenkombinationen und Zeichen in Form von Schmuck, Tätowierungen oder Kfz-Kennzeichen als auch die Verwendung bestimmter Wörter und Ausdrucksweisen).

3. Schließlich sollten diese direkten Eindrücke aus dem Gespräch ergänzt werden durch solche von außerhalb. Einerseits bietet es sich an, vertrauenswürdige Menschen zu befragen – beispielsweise können Gemeindeglieder, die die Erwerbsinteressentin oder den Erwerbsinteressenten persönlich kennen, um eine ausführliche Meinungsäußerung gebeten werden. Andererseits ist es sinnvoll, das Internet zu nutzen und ein etwa vorhandenes öffentlich zugängliches Profil der Interessentin oder des Interessenten in Internetforen, sozialen Netzwerken etc. oder eine von ihr oder ihm eingerichtete öffentliche Internetseite mit Fotos, Texten, Bildern abzurufen und auf sich wirken zu lassen.

Ansprechpartnerinnen und -partner für Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe von Gebäuden sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Grundstücksabteilung Ihres Kreiskirchenamtes.

Kirchenrechtsrat Frank Henschel ist juristischer Referent im Referat Grundstücke des Landeskirchenamtes der EKM.

Meinungsbarometer

Methodische Ideen für Gemeindegruppen zum Thema „Zivilcourage“

Anne Haertel

Im Folgenden werden einige Methoden vorgestellt, die einfach und schnell eingesetzt werden können. Sie können leicht auf andere Themen übertragen und abgewandelt werden und eignen sich für kleine und größere Gruppen. Bezogen auf das Thema sollte jeweils unbedingt ein Reflexionsgespräch am Ende stehen.

Einstieg: **Speed-Dating**

Ziel: Einstimmung ins Thema, mit vielen in Kontakt kommen, sich eigener und anderer Meinungen bewusst werden

Gruppe mind. 6 Personen

Alter: ca. 11–111 Jahre

Jede Person zieht ein Kärtchen, auf dem ein Satzanfang steht. Auf Start sucht sich jeder ein Gegenüber, liest ihm seinen Satzanfang vom Kärtchen vor und ergänzt ihn ohne lange zu überlegen zu einem Satz. Dann nennt das Gegenüber seinen spontan ergänzten Satz. Danach tauschen beide die Kärtchen und man sucht sich mit seinem neuen Kärtchen ein neues Gegenüber. Die Übung endet, wenn möglichst jeder mit jedem Kontakt hatte.

Vorschlag für Satzanfänge: Ungerecht empfinde ich ... / Heimat heißt für mich ... / Mutig ist es ... / Stolz bin ich ... / Aufregen könnte ich mich ... / Ich bewundere ... / Eine Straße würde ich benennen nach ... / Kostbar im Leben ist ... / Verschiedenheit bedeutet für mich ... / Sorge bereitet mir ... / Extrem ist für mich ... / Wenn ich könnte, würde ich ...

Hier stehe ich und kann nicht anders

Ziel: Körperbewusstsein und Standfestigkeit stärken, eigene Kraft wahrnehmen, sich behaupten

Gruppe mind. 4 Personen, gerade Anzahl an Personen

Alter: ca. 3–111 Jahre

Im Kreis oder im Raum verteilt stehen sich je zwei etwa gleich große Personen gegenüber und legen mit ausgestreckten Armen die Handflächen gegeneinander. Auf Zeichen versuchen alle das Gegenüber aus dem Gleichgewicht zu bringen. Das Spiel endet, wenn der erste nicht mehr standhält oder nach einer vereinbarten Zeit.

Danach sollte eine Auswertung (altersentsprechend) folgen: Wer hat sich in seinem Duo als der Stärkere gefühlt. Wie war es, schwächer zu sein? Was hat die Übung mit dem Thema Rechtspopulismus/Rechtsextremismus zu tun?

Meinungsbarometer

Ziel: sich eigener Meinungen und eigener Grenzen bewusst werden, Argumentieren und Begründen trainieren, andere Meinungen akzeptieren

Gruppe mind. 3 Personen

Alter: ca. 6–111 Jahre

An einer gedachten oder gezogenen Linie ist das eine äußere Ende ein JA-Pol und das andere ein NEIN-Pol. Die Mitte zwischen Ja und NEIN wird gekennzeichnet.

Die erste Aussage wird vorgelesen. Die Gruppenmitglieder positionieren sich entsprechend ihrer Meinung entlang der Linie. Nachdem alle einen Standpunkt gefunden haben, fragt die Gruppenleitung zuerst eine Gruppe, die größte zum Beispiel, warum sie sich für diese Position entschieden hat. Danach lässt sie die anderen zu Wort kommen. Alle Meinungen sollten ausgesprochen werden, ohne sie durch die Gruppenleitung zu bewerten. Eine kurze Diskussion kann sich entwickeln. Wenn etwas faktisch falsch ist, sollte das richtig gestellt werden und Hintergrundwissen vermittelt werden, insbesondere wenn bewusste rechte Thesen zur Diskussion verwendet werden. Wer sich nochmal umstellen möchte, kann das tun.

Beispielaussagen (z. B. von rechten Thesen, von christlichen Slogan und von allgemeingültigen Aussagen):

- » In Deutschland haben alle Menschen die gleichen Chancen.
- » Ein bisschen provozieren, wie die neue Partei das macht, macht doch nichts.
- » Wer für die Gemeinschaft eine Leistung erbringt, hat das Recht auf eine Gegenleistung.
- » Das Christentum gehört zu Deutschland.
- » Was die Kirche sagt, interessiert doch keinen.
- » Wir Christen sind für alle offen.

Anne Haertel ist Dipl. Sozialpädagogin und Sozialmanagerin (MA). Bis Juni 2018 war sie Referentin der Netzwerkestelle Evangelische Jugendbildung und zuständig für Jugendpolitik in Sachsen-Anhalt. Seit Juli 2018 ist Geschäftsführerin des Alte Feuerwache e.V., Berlin-Kreuzberg.

Noch Platz in der Arche?

Impulse zu biblischen Geschichten

Thematische Bausteine für Konfirmandengruppen
und Junge Gemeinden

Katharina Passolt

Vielfalt verbindet

Ziel: Mit Hilfe der Pfingstgeschichte wird verdeutlicht, dass Gottes Geist Menschen mit verschiedener Sprache und Herkunft ins Gespräch bringt und verbinden kann.

Gruppe: Konfirmandengruppe

Bibeltext: Apg 2 (in Auszügen)

Methodisches:

- » Spielerisches Sammeln: Das Wort Sonne (z. B.) kennen wir in welchen Sprachen? Wörter und eigene Ergänzungen in fremden Sprachen vorbereiten
- » Gesprächsanregungen: Gespräch zum eigenen Spracherwerb/Sprachunterricht in der Schule, Wahrnehmen von Sprachen bei Auslandsreisen, Erfahrungen mit fremdsprachigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern
- » Pfingstgeschichte Apg 2 (in Auszügen) erzählen, Bilder und Kurzfilme zur Illustration finden sich dazu im Internet
- » Leitfragen/Perspektiven zur Pfingstgeschichte:
 - » Wie geht es mir, wenn ich nicht verstanden werde, nicht verstehe?
 - » Was geschieht zu Pfingsten? Wo kann ich das in meinem Alltag erleben?
- » „Vielfalt verbindet“ bedeutet auch den Mut zu haben, eine verbindende Botschaft trotz unterschiedlicher Sprachen und Dialekte weiterzutragen, eine Botschaft der Hoffnung, der Gerechtigkeit, des Frieden und der Bewahrung der Schöpfung.
- » Lied: Meine engen Grenzen (z.B. in: Durch Hohes und Tiefes, 163)
- » Gebet der vereinten Nationen:

*Gott, unsere Erde ist nur ein kleiner Körper im großen Weltall.
An uns liegt es, daraus einen Planeten zu machen,
dessen Geschöpfe nicht von Kriegen gepeinigt werden,
nicht von Hunger und Furcht gequält,
nicht zerrissen in sinnlose Trennung nach Rasse, Hautfarbe oder Weltanschauung.
Gib uns den Mut und die Voraussicht, schon heute mit diesem Werk zu beginnen,
damit unsere Kinder und Kindes-
kinder einst mit Stolz den Namen
„Mensch“ tragen.*

Zusammen sind wir Heimat

Ziel: Das Buch Ruth zeigt auf: Wir finden und schaffen Heimat, indem wir Verantwortung füreinander übernehmen – über Generationen hinweg. Ein Austausch von Erfahrungen, Zeit und Arbeitskraft kann Heimat dort entstehen lassen, wo Menschen unterschiedlichen Alters miteinander das Leben teilen.

Gruppe: Junge Gemeinde (auch Gesprächskreis o.ä.) ab ca. 16 Jahren

Bibeltext: Das Buch Ruth

Gesprächsanregung:

- » Ein Wegweiser – zwei leere Schilder – Kein Anhaltspunkt, wohin es geht. Welche Gefühle löst das Bild in mir aus? Kann ich mir vorstellen, Teil des Bildes zu sein? Wo wäre mein Platz? Ich nehme gedanklich einen Stift zur Hand. Was würde ich auf die Pfeile schreiben? Wohin führt mich mein Weg? Gibt es ein Ziel? Liegt die Heimat hinter mir? Oder strebe ich ihr noch zu? Habe ich sie verloren? Habe ich sie (neu) gefunden? Wer ist mit mir auf dem Weg? Wen erwarte ich vielleicht an meinem Zielpunkt? Was sind meine Sehnsüchte, wenn ich an Heimat denke?
- » Arbeit mit Bildkartei oder mitgebrachten Fotos zu Biographischem
- » Biblische Geschichte in Abschnitten lesen und erzählen oder dialogisch lesen lassen

» Perspektiven zum Bibeltext:

Zusammen sind wir Heimat – Frauen und Männer:

Das Buch Ruth ist konsequent aus Frauenperspektive geschrieben.

Frauen spielen eine große Rolle bei der Beheimatung von Familie. So wie Noomi, die selbst die Erfahrung des Fremdseins in Moab gemacht hat und Ruth in ihr Volk einführt, so können durch Freund- oder Patenschaften Heimat-Räume geschaffen werden, für Männer und Frauen.

Zusammen sind wir Heimat – Junge und Alte:

Die Freundschaftsgeschichte, die im Buch Ruth erzählt wird, ist auch eine Geschichte von einer Generationenfreundschaft: Noomi, die alte und Ruth, die junge Weggefährtin profitieren voneinander, weil sie unterschiedlichen Alters sind. Ein Austausch von Erfahrungen, Zeit und Arbeitskraft kann Heimat dort entstehen lassen, wo Menschen unterschiedlichen Alters miteinander das Leben teilen.

Zusammen sind wir Heimat –

Neuzugezogene und Alteingesessene: Noomi und Ruth erleben, was es heißt, in einem fremden Land, in einer unvertrauten Kultur mit einem anderen Glauben neu anfangen zu müssen. Sie können dabei Teilhabe, Zugehörigkeit und gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Fremdsein kann ich schon durch den Umzug in eine andere Stadt. Auch dann gilt für Beheimatung: Zusammengehörigkeit lässt sich dort schaffen, wo beidseitige Offenheit für Neues zusammen trifft.

» Segensgebet:

*Gott führe die Füße der Suchenden
auf Wege des Findens.*

*Gott führe die Herzen der Heimat-
losen in die Geborgenheit.*

*Gott führe die Hoffnungen der
Menschen in die Erfüllung.*

*Gott führe die Hände der Einsamen
in die Gemeinschaft.*

*Und so segne und behüte unsere
Schritte und unser Tun hin auf dem
Weg zu einer gemeinsamen Heimat.*

*Gott, der barmherzige Vater, Gott,
der Leben verheißende Sohn,*

*Gott, der begleitende Heilige Geist
segne uns. Amen.*

Noch Platz in der Arche Noah?

Ziel: Selbsterkenntnis über eigene und christliche Werte, Klarheit und Durchhaltefähigkeit in Kommunikationssituationen

Gruppe mind. 5 Personen, gerade Anzahl
Alter: ca. 14–99 Jahre

Die Gruppe sammelt zuerst so viele Werte, wie ihr einfallen, auf einem Flipchart. Dann einigt sich die Gruppe darauf, welche der Werte als „christlich“ bezeichnet werden können. Jede Person wählt im nächsten Schritt drei der christlichen Werte und drei weitere Werte, die für sie am wichtigsten sind. Dreier-Gruppen stellen sich diese Werte mittels Beispielen gegenseitig vor und suchen ein bis drei gemeinsame Werte heraus. Für diese verfasst die Gruppe ein kleines Plädoyer als Rede mit Argumenten, warum dieser Wert einen Platz in der Arche Noah erhalten sollte. Dieses Plädoyer wird in der Großgruppe gehalten. Nach allen Plädoyers stimmt die ganze Gruppe darüber ab, welche Werte in die Arche Noah aufgenommen werden und somit überleben.

Katharina Passolt ist Pfarrerin und leitet das Referat Bildung mit Erwachsenen und Familien (B3) im Landeskirchenamt der EKM.

Adressen, Links und Abrufangebote

AG Kirche und Rechtsextremismus der EKM

Telefon: 0361 51800-240

AG_KplusRE@ekmd.de

www.ekmd.de

(Themenfeld Extremismus)

- » Vernetzung von Initiativen gegen Rechtspopulismus
- » Bereitstellung von Materialien zum Download
- » über den EKM-Web-Shop erhältlich: Banner (Verkauf oder Verleih), Aufkleber etc.

Evangelische Jugend der EKM, Demokratiebildung

Telefon: 0391 5346-450

kijupf@ekmd.de

www.evangelischejugend.de

- » Newsletter Demokratiebildung
- » Materialien, Veranstaltungen und Fortbildungen

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

Telefon: 030 28395178

post@bagkr.de

www.bagkr.de

- » Netzwerk verschiedener Initiativen, Organisationen und Arbeitsgruppen
- » Newsletter
- » Workshops und Foren
- » Materialien, Online-Bibliothek

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Telefon: 030 698077-0

demokratie-leben@bafza.bund.de

www.demokratie-leben.de

- » Förderung von Projekten zur Demokratieförderung und Präventionsarbeit
- » Übersicht über Programmpartner (nach Themenfeldern und Landkreisen)
- » Übersicht über Demokratiezentren der einzelnen Länder mit detaillierten Angaben zu Kontaktstellen

Amadeu Antonio Stiftung

Telefon: 030 240886-10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

- » Unterstützung lokaler Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteigerinnen und Aussteiger aus der Naziszene
- » Projektförderung
- » Publikationen zum Download und Bestellen

Bundeszentrale für politische Bildung

Telefon: 0228 99515-0
info@bpb.de
www.bpb.de

- » umfangreiche Mediathek und Shop mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien
- » Wanderausstellungen
- » Fortbildungen, Workshops etc.
- » verschiedene Newsletter

Diakonie in Mitteldeutschland – Projekt „Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen“

Telefon: 0345 12299-0
info@diakonie-ekm.de
www.diakonie-mitteldeutschland.de

- » Unterstützung für Träger und Mitarbeitende aller Arbeitsfelder in Diakonie und Kirche
- » Kurs „Beraterinnen und Berater für demokratische Prozesse“
- » Bestellcenter für verschiedene Publikationen (zum Teil kostenlos)
- » Ausleihe des interaktiven Spiels „Ich-Du-Wir“

THÜRINGEN

ezra. Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen

Telefon: 0361 21865133
info@ezra.de
www.ezra.de

- » Beratung, Begleitung und Unterstützung von Betroffenen, deren Angehörigen, Freunden oder Zeuginnen und Zeugen von Straf- und Gewalttaten aus Motiven gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- » Wanderausstellung „Angsträume“ zum Verleih
- » offene Rechtsberatung

MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen

Telefon: 0361 2192694
mail@mobit.org
www.mobit.org

- » Unterstützung aller Akteure, die sich in Thüringen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für demokratische Werte engagieren wollen
- » Kurzfilme zum Ausleihen
- » Vorträge
- » Bildungstage und Workshops für verschiedene Zielgruppen
- » Infomaterialien und Ratgeber

SACHSEN-ANHALT

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

www.mobile-opferberatung.de

- » Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.)
- » Beratung und Unterstützung Betroffener politisch rechts motivierter Gewalt
- » Broschüren zum Download

Anlaufstelle Nord (Salzwedel)

Telefon: 03901 306431

Mobil: 0170 2904112 und 0175 6638710
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Anlaufstelle Mitte (Magdeburg)

Telefon: 0391 6207752

Mobil: 0170 2948352 und 0170 2925361
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Anlaufstelle Süd (Halle)

Telefon: 0345 2267100

Mobil: 0170 2948413, 0151 53318824 und 0175 1622712
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten (Dessau-Roßlau)

Telefon: 0340 6612395

Mobil: 0177 6282860
opferberatung@datel-dessau.de
www.opferberatung-dessau.de

SACHSEN

RAA Sachsen e.V. – Opferberatung

Webseite: www.raa-sachsen.de

opferberatung@raa-sachsen.de

- » Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt
- » Beratung, auch online
- » Newsletter
- » Ausstellung „Opfer rechter Gewalt in Sachsen“ zur Ausleihe
- » Workshops

Beratungsstelle Dresden

Telefon: 0351 8894174

Mobil: 0172 9741268
opferberatung.dresden@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Leipzig

Telefon: 0341 2254957

Mobil: 0178 5162937
opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Chemnitz

Telefon: 0371 4819451

Mobil: 0172 9743674
opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de

↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM
EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔
↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM
EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔
↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM ↔EKM

Design: arnold.berthold.reinicke Foto: go2/photocase.com



EVANGELISCHE KIRCHE
IN MITTELDEUTSCHLAND

LANDESKIRCHENAMT DER EKM

Dezernat Bildung und Gemeinde

Michaelisstraße 39, 99084 Erfurt

AG Kirche und Rechtsextremismus, Telefon 0361 51800-240

AG_KplusRE@ekmd.de